

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Bezugspreis:**  
Wochenschrift 61. — M., monatlich 20. — M.  
bei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezug: Monatlich 20. — M., einjährig 240. — M.  
Zusatzgebühr. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Ostpreußen, das Saar- und  
Rheinland sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Oesterreich-  
Ungarn und Böhmen 21. — M., für  
das übrige Ausland 22. — M. Post-  
bestellungen nehmen an Oesterreich,  
Ungarn, Tschechien, Slowakei, Däne-  
mark, Holland, Belgien, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-  
haltungsbeilage „Gemüth“ und der  
Beilage „Siedlung und Kleingarten“  
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags  
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:  
Sozialdemokrat Berlin

**Anzeigenpreis:**  
Die schlagendste Komparsillenzelle  
kostet 9. — M. „Kleine Anzeigen“  
das fertige Wort 3. — M. (zu-  
lässig zwei fertige Worte), jedes  
weitere Wort 1.50 M. Stellenangebote  
und Schlafstellenanzeigen das erste  
Wort 1.50 M., jedes weitere Wort  
1. — M. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten 50% ab. — M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Leitungsgeldes.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Bestellzeit  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Marienplatz 15195-97  
Expedition Marienplatz 11753-54

Donnerstag, den 2. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-  
Abteilung Marienplatz 11753-54

## Der Eisenbahnerstreik.

Der Streik der Eisenbahnbeamten soll heute nacht um 12 Uhr beginnen; es wird sich also erst im Laufe des Vormittags herausstellen, inwieweit die Parole der Reichsgewerkschaft befolgt werden wird. In amtlichen Kreisen erwartet man, daß dies nur in geringem Umfang der Fall sein und daß der Streik nach kurzem Anlauf zusammenbrechen wird. Dieser amtliche Optimismus wird durch den Umstand gerechtfertigt, daß der Streikbeschuß von der ganzen Öffentlichkeit und auch von einem sehr großen Teil der Mitglieder der Reichsgewerkschaft verurteilt wird. Es ist bezeichnend, daß in Berlin nur das kommunistische Blatt aus vollen Baden in das Streikfeuer bläst, ohne die Frage zu stellen, geschweige denn zu beantworten, was wohl im heiligen Sonntagsfrieden mit Leuten geschehen würde, die zum Streik der Eisenbahnbeamten auffordern.

Der Deutsche Eisenbahnerverband, die dem ADGB angegliederte Organisation, will mit diesem Streik nichts zu tun haben; sie wendet sich dennoch mit einer öffentlichen Erklärung gegen das amtliche Streikverbot und die bekannte Verfügung des Polizeipräsidenten. Auch wir hätten es begrüßt, wenn es zu solchen Verordnungen nicht hätte kommen brauchen; aber es liegt eben in der Natur der Sache, daß ein solcher Kampf zwischen dem Staat und einem irregulierten Teil seiner Beamtenschaft, wenn er einmal ausbricht, zu voller Schärfe entbrennen muß. Er wird sich notwendigerweise in dem Maße verschärfen, in dem die Gefahr wächst, daß es wirklich zu umfangreichen Stilllegungen des Verkehrs und damit zu schweren Schädigungen der allgemeinen Volksinteressen kommt.

Die Reichsgewerkschaft hat den ungeheuren Fehler begangen, sich auf die Anwendung von Druckmitteln zu verlassen; die Öffentlichkeit für die Forderungen der Beamten zu gewinnen, schien ihr weniger wichtig. Dadurch hat sie der Sache der Beamten schweren Schaden zugefügt und eine Klüft zwischen ihnen und der übrigen arbeitenden Bevölkerung aufgerissen. Sie kann jetzt nichts Besseres tun, als auf eine möglichst rasche Beilegung des Konfliktes hinwirken, den Beamten aber ist auf alle Fälle zu raten, daß sie sich auf eine so über vorbereitete Kraftprobe gar nicht erst einlassen. Damit wird ihrer Sache und der Sache der Allgemeinheit, von der sich die ihre nun einmal nicht trennen läßt, am besten gedient sein.

Inzwischen hat sich der Beamtenausschuß des Reichstages mit der Einbringung des Gesetzesentwurfs einverstanden erklärt, durch den der Reichsfinanzminister ermächtigt werden soll, im Benehmen mit dem Reichsrat an Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen den Beamten widerwillige Wirtschaftshilfen zu gewähren, die sich an die den Arbeitern gewährten Teuerungszuschüsse anlehnen, aber andererseits den Besonderheiten des Beamtenverhältnisses Rechnung tragen sollen.

Nach Mitteilung der Regierung sollen die Vorteile, die den Arbeitern der Reichsverkehrsverwaltung aus dem Silberabkommen erwachsen sind, entsprechend auch für die Arbeiter in den übrigen Reichsdienstzweigen durch eine mit den Arbeiterorganisationen noch zu treffende Vereinbarung übertragen werden.

Daraus ist zu ersehen, daß Regierung und Reichstag erfüllbaren Wünschen der Beamten durchaus nicht mit starrer Ablehnung gegenüberstehen.

Auf den Berliner Bahnhöfen waren kurz vor Mitternacht Anzeichen eines beginnenden Streiks noch nicht zu bemerken.

### Eisenbahnerverband und Streikverbot.

Vom Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird uns geschrieben:

Anfangs der Woche, daß der Vorstand der Reichsgewerkschaft weder mit dem Deutschen Eisenbahnerverband, noch mit den übrigen Eisenbahnerorganisationen eine Verständigung gesucht und herbeigeführt hat, sind wir bezüglich der von der Reichsgewerkschaft eingeleiteten Aktion nur auf Pressemeldungen angewiesen. Wir haben deshalb erst im Laufe des 1. Februar durch die Presse Kenntnis von dem für den gleichen Tage nach 12 Uhr festgesetzten Streikbeginn der Eisenbahnbeamten erhalten. Inzwischen wurde auch die Verordnung des Reichspräsidenten betr. der Arbeitsniederlegung von Beamten der Reichsbahn bekannt.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes sieht sich veranlaßt, trotz des unverantwortlichen und ungewerkschaftlichen Verhaltens der Leitung der Reichsgewerkschaft zu erklären, daß die Verordnung das ungeeignetste Mittel ist, die Ursachen der Streikbewegung zu beheben und ihr Einhalt zu gebieten. Die Verordnung, die den Beamten das Streikrecht abspricht und die Anwendung des Koalitionsrechtes unter Strafe stellt, muß mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Auch die Ausführungs-

bestimmungen des Polizeipräsidenten von Berlin bedeuten einen unerträglichen Eingriff in das Koalitionsrecht der Beamten, der unter allen Umständen verurteilt werden muß.

Schließlich stellt sich der Vorstand veranlaßt, gegen das Vorgehen des Reichsverkehrsministers Goerner entschiedenen Protest zu erheben. Mit einem Streikverbot, einer Verfolgung der an der Streikbewegung beteiligten Funktionäre der Reichsgewerkschaft sowie der willkürlichen Aenderung des Beamtenrätelasses zum Nachteil der Beamten kann eine Streikbewegung nicht verhindert und eine Zufriedenheit bei dem Personal nicht herbeigeführt werden. Der Vorstand muß sich vorbehalten, die ihm geeigneten erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen.

### Die Stellungnahme der Christlichen.

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter läßt bei dieser Gelegenheit durch B.Z. eine längere Entschuldigungsverbreiten, aus der hervorgeht, daß die Gewerkschaft sich gleich dem Deutschen Eisenbahnerverband an dem Streik nicht beteiligt. „Bielmehr hat jedes Mitglied nach wie vor seinen Dienst auszuüben. Wer dabei seinen freikundigen Kollegen nicht in den Rücken fallen will, möge bedenken, daß das Fahren von lebensnotwendigen Zügen keine Streitarbeit ist.“ Der Vorstand beauftragt schließlich seinen geschäftsführenden Vorstand, „angesichts der allgemeinen Notlage und Strömungen, die die Gefahr einer Entziehung der Eisenbahnen im Gefolge haben, für eine Beteiligung des Koalitionsrechtes energisch zu wirken und die Rechte der Beamten und Arbeiter zu wahren“.

Zwei Fachvereinigungen haben diese Erklärung mit unterzeichnet.

### Tartarenmeldungen.

Berlin, 1. Februar. (W.Z.) Das „Deutsche Abendblatt“ Nr. 28 vom 1. Februar bringt die Mitteilung, der Reichsfinanzminister hätte sich gegenüber dem Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates Herrn Direktor Franz Krämer dahin geäußert, die Regierung werde den Eisenbahnerstreik fünf Tage andauern lassen und dann die Forderungen bewilligen müssen.

Diese Meldung ist im vollen Umfang erstanden. Eine Unterredung zwischen dem Reichsfinanzminister und Herrn Direktor Krämer hat nicht stattgefunden.

Das Gerücht, daß der Aktionsausbruch der streikenden Eisenbahner verhofft worden sei, ist ebenfalls unzutreffend.

Berlin, 1. Februar. (W.Z.) Nach der Meldung eines Berliner Abendblattes sollte anlässlich des Eisenbahnerstreiks die Verhängung des Ausnahmezustandes sowie die Mobilisierung der Reichswehr bevorstehen, nach einer weiteren Meldung sogar schon erfolgt sein.

Die Meldungen sind vollständig erstanden.

Berlin, 1. Februar. (W.Z.) Wie das Reichsverkehrsministerium mitteilt, hat das jahreswidrige Vorgehen der Reichsgewerkschaft, wie bisher bekannt geworden ist, die Stellung der Reichsgewerkschaft eher erschwert, und es ist fraglich, inwieweit der Streikproklamation Folge geleistet werden wird. Die Reichsbahn hat alle Maßnahmen getroffen, um den lebenswichtigen Verkehr durchzuführen, besonders wird auf die Beförderung von Lebensmittel, Kohlen und Zeitungsdrukpapier Rücksicht genommen werden.

### Württemberg gegen den Streik.

Stuttgart, 1. Februar. (W.Z.) Der Vorstand des Landesverbandes Württemberg der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter hat heute nachmittag einstimmig beschlossen, die jegliche Durchführung des Streikbeschlusses der Reichsgewerkschaft abzulehnen, weil das Abstimmungsergebnis des Beschlusses aus gewerkschaftlichen Gründen die Ablehnung des Streiks bedeute.

Auch die übrigen württembergischen Beamtenorganisationen im Bezirk der Generaldirektion Stuttgart beteiligen sich nicht am Streik. Falls keine störenden Einflüsse aus anderen Bezirken sich geltend machen, hofft man den Verkehr uneingeschränkt aufrechterhalten zu können.

### Die Lage in Baden.

Karlsruhe, 1. Februar. (W.Z.) Die Presseabteilung der badischen Regierung teilt mit: Wie weit sich das Eisenbahnpersonal in Baden an dem Streik beteiligen wird, steht noch nicht fest. Die Eisenbahnverwaltung wird alles versuchen, mit arbeitswilligen Personal den Güterverkehr aufrechtzuerhalten, falls er lebenswichtige Güter umfaßt. Die Aufrechterhaltung eines auch nur beschränkten Personenverkehrs kann nach nicht in Aussicht gestellt werden. Streikende Eisenbahnbedienstete dürfen die Eisenbahnanlagen nicht betreten. Arbeitswillige werden mit Ausweisen versehen.

### Das besetzte Gebiet bleibt verschont.

Köln, 1. Februar. (W.Z.) Die Interalliierte Eisenbahnkommission in Wiesbaden hat hierher mitgeteilt, daß die Rheinlandkommission in Koblenz im Einvernehmen mit dem Oberkommandierenden der Rheinarmee beschloßen hat, einen Streik der Eisenbahner im besetzten Gebiet nicht zu dulden. Auch der Vorstand der Reichsgewerkschaft des Eisenbahndirektionsbezirks Köln hat die Erklärung abgegeben, daß die Reichsgewerkschaft beschloßen habe, den Streik nicht auf das besetzte Gebiet auszu dehnen.

## Staat und Gewerkschaften.

Gedanken über den Beamtenstreik.

Von Albert Falkenberg.

Die noch im Fluß befindlichen Vorgänge in der Beamten-gewerkschaftsbewegung fordern zu nachstehenden grundsätzlichen Betrachtungen heraus.

Mit der fortschreitenden Industrialisierung Deutschlands ist die Ziffer der in den Betriebsverwaltungen des Staates beschäftigten Personale ungeheuer gewachsen. Mit diesem Wachstum hat der Massenbegriff im Beamtentum eine Bedeutung gewonnen, die zweifellos im Obrigkeitsstaate nicht im vollen Maße erkannt wurde. Erst die neue Staatsform hat die Massen der öffentlichen Arbeitnehmer zu einem bedeutungsvollen Faktor in der politischen Praxis werden lassen und sie vor die Lösung von Aufgaben gestellt, in die sie nur ganz allmählich unter Benützung gewerkschaftlicher Brücken hineinwachsen werden. Ungeheuren Drängen unter ihnen geht die Entwicklung zu langsam voran, sie meinen, schon heute Himmeltürme sein zu können, anstatt zu überlegen, daß sich nur schrittweise auf neuen Wegen vorwärtskommen läßt. Aber wenn auch wirklich die Möglichkeit für die Beamten-gewerkschaften gegeben wäre, Gräben zu überspringen, um zu ersehnten Zielen zu gelangen, die die Arbeitergewerkschaften erst nach heißen Kämpfen in jahrzehntelanger Entwicklung erreichen konnten, so bleibt doch noch die Frage zu beantworten, ob das Streben der Beamten-gewerkschaftsbewegung nach innerer Uebereinstimmung mit der Gewerkschaftsbewegung des freien Arbeitnehmers im Interesse der Beamten und der Volksgemeinschaft liegt. Diese Frage stellen, heißt sie verneinen gerade in einer Zeit, die in hervorragendem Maße der Wieder-erweckung von Staatsgesinnung zu dienen hat.

Vor dem Zusammenbruch des alten Systems galt die Beamtenschaft in Verbindung mit der Bildungsschicht des Volkes als die vornehmste Trägerin der Staatsidee. Wenn sie heute noch als das „Rückgrat des Staates“ bezeichnet wird, so darf diese Auffassung vielleicht nicht mehr im alten Sinne Geltung beanspruchen, immerhin aber doch als Ausgangspunkt für die neudeutsche Staatsentwicklung betrachtet werden. Jedenfalls darf festgestellt werden, daß dort der Weg zur Auflösung des Staates schneller durchgemessen wird, wo das Beamtentum aufgehört hat, Träger des Staatsgedankens zu sein. Wollen wir also in Deutschland den Staat konsolidieren, dann ist vor allem erforderlich, daß sich das Beamtentum zu der Erkenntnis durchringt, daß es an der Sicherung und Festigung des Staatswesens an erster Stelle beteiligt ist. Diese Erkenntnis zu verbreiten, ist Hauptaufgabe der Beamten-gewerkschaften. Ihre Lösung wird dringlich, wenn die Organe des Staates aus irgendwelchen Gründen verabsäumen, die Pflicht der Gesamtheit den Beamten gegenüber zu erfüllen, und glauben, hinterher durch Anwendung überholter Obrigkeitmethoden eine um ihre Existenz ringende Beamtenschaft künstlich niederhalten zu sollen, anstatt durch die Kunst der Menschenbehandlung den Befähigungsnachweis zu erbringen. Die Meinung aber, wegen der Versäumnisse der Staatsorgane Staatsfeindschaft auf Seiten der Beamten rechtfertigen zu können, ist unhaltbar, denn noch gilt der Satz: Der Staat sind wir alle!

Von dieser Betrachtung ausgehend, ist es irrig, anzunehmen, daß die Beamten-gewerkschaft erst dann Ansehen bei Regierung und Parlament finden könne, wenn sie sich stark mache, das letzte gewerkschaftliche Mittel anzuwenden. Auch wenn sie in diesem Stadium noch so berechtigte Gründe für die Durchführung nicht erfüllter wirtschaftlicher Forderungen anzuführen, nimmt ihr keine Stelle die staatspolitische Verantwortung für ihr Vorgehen ab. Und diese Verantwortung bleibt auch für den Fall eines Sieges bestehen. Selbst wenn es gelänge, mit einem erfolgreich durchgeführten Beamtenstreik die Erfüllung der erhobenen Forderungen zu erreichen, würde der Erfolg der Kämpfenden reichlich aufgewogen durch die Niederlage, die die Staatsidee erleiden müßte. Man kann mit dem zum Kampf gerüsteten fühlen und doch die Meinung vertreten, daß staatspolitische Erwägungen gewerkschaftspolitischen Gründen voranziehen.

Diese Gedankengänge werden selbstverständlicher häufig gerade von denen als unbehaglich abgelehnt, die auf Grund ihres politischen Bekenntnisses glauben, sich als Hüter des demokratischen Gedankens herausstellen zu müssen. Sie vergessen nur zu leicht, daß sie selber aus der Linie des demokratischen Staatsgedankens herausgerollten, wenn sie als Minderheit — wenn auch nur für kurze Zeit — die Gesamtheit unter diktatorischen Zwang stellen. Sie sollten vor allem bedenken, daß auch in dem für sie günstigen Falle ihrem Vorgehen die Reaktion folgen muß, wenn die niedergedrückte Regierungsgewalt wieder in den Sattel kommen will. Nur erzeugt Gegendruck, und auch der gewonnene Beamtenstreik wird die Regierung nicht davon zurückhalten, der Beamten-gewerkschaftsbewegung jeden freien Willen zu nehmen, schon aus dem Grunde, um sich gegen Wiederholungen zu wappnen. Was aber dann? Die bescheidenen Blütenräume, die der vom Gewerkschafts-danken durchdrungene Kämpfer an die Entwicklung der Be-

amlangewerkschaften glaubte knapsen zu dürfen, sind begraben. Rückfall in die eben überwundenen Zustände wäre das Los der Beamtengewerkschaftsbewegung. Glaubt man im Falle des Sieges künftig von allen Verhandlungen loszukommen und nur noch im Wege des Diktats arbeiten zu können? Wußt nicht vielmehr angenommen werden, daß sich nach der Aktion die Verhandlungen viel schwieriger gestalten werden?

Aber selbst wenn diese Fragen gar nicht gestellt zu werden bräuchten, müßte doch vorher untersucht werden, auf welchem Boden die Hoffnung auf Sieg gewachsen ist. Gerade wenn die Frage des Beamtenstreiks als eine Machtfrage gekennzeichnet wird, bedarf es der sorgfältigen Prüfung aller vorhandenen Nachfaktoren, nicht nur der eigenen. In den weitaus meisten Fällen wird sich folgende Machtverteilung ergeben: auf der einen Seite stehen Regierung, Parlament, Öffentlichkeit und auf der anderen die Beamtenschaft. Auch diese an sich schon bedenkliche Machtgruppierung läßt noch die, wenn auch geringe, immerhin aber berechnete Hoffnung auf den Sieg zu, wenn die Geschlossenheit der Beamten gewährleistet werden kann. Fehlt sie, dann braucht man erst gar nicht die Frage, ob ausreichende Fonds vorhanden sind, und kaum noch die Aussicht auf Gewinnung von Bundesgenossen zu erörtern. Dann sind die Würfel schon gefallen, wenn nicht mit einem Wunder gerechnet werden soll. Kommt noch die Tatsache hinzu, daß sich die Regierungselite grundsätzlich zur Verhandlungsbereitschaft bekant hat, dann schrumpfen alle in Begeisterung für die Sache hinausgerufenen Kampfanführer schon vor der Aufnahme des Kampfes zu einer Schamade zusammen.

Die Frage, ob die deutsche Beamtenschaft oder eine einzelne Beamtengruppe dieses Experiment unter solchen Umständen wagen kann, braucht gar nicht einmal unter dem Gesichtswinkel der Aufrechterhaltung des Berufsbeamtentums oder im Hinblick auf die außen- und innerpolitische Lage gestellt zu werden, die Wertung des staatspolitischen Bedenkens allein müßte ausschlaggebend für ihre Beantwortung sein. Noch ist sie es nicht. Weder die Beamtengewerkschaften noch die Regierung haben alle Mittel aufgeboden, einen für alle Beteiligten erstrebenswerten Zustand herbeizuführen. Was im Gewerkschaftsleben die Spitzenorganisation an führender Tätigkeit zu leisten hat, fällt im Staatsleben der Regierung zu. Hat sie wirklich im neuen Staate alles getan, um dem Beamten den Weg zum freien Staatsbürger zu ebnet? Sind nicht vielmehr immer noch maßgebende Kräfte an der Arbeit, die freiheitliche Entwicklung des Beamtentums zu hemmen oder gar bescheidene Anfänge wieder abzubauen? Wir wissen alle, daß es so ist, und meinen, die Regierung sollte sich nicht wundern, wenn die Beamten der allerdings irrigen Meinung sind, sie könnten der Entwicklung Gewalt antun. Die Beamten wollen endlich den positiven Anfang sehen, der zur Neuentwicklung führt. Je länger man sie warten läßt, desto schmerzhafter wird ihr Glaube an die republikanische Staatsform. Verlieren sie diesen Glauben ganz, dann wird mit dem Berufsbeamtentum öffentlich-rechtlicher Ordnung auch die Staatsidee den Todesstoß empfangen. Staatsflugheit sollte die Regierung veranlassen, so schnell wie möglich die wankende Vertrauensbasis zu festigen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden auf dem Wege von Verhandlungen, deren Ergebnis die Beamten davon überzeugt, daß alles geschieht, um ihre äußere Existenz zu sichern und ihnen den Glauben an innere Entwicklungsmöglichkeiten zurückzugeben.

Nur auf diesem Wege wird den ewig drohenden Konflikten der Nährboden entzogen.

**Geheimrat Grosse** ist zum Präsidenten der Oberpostdirektion Braunschweig ernannt. Die Berliner Presse dürfte einmütig das Scheitern Grosse vom Nachrichtenamt des Reichspostministeriums aufrichtig bedauern.

**Bela Kun** und der deutsche Kommunist **Brandler** sind zu Ehrenmitgliedern des Moskauer Sowjets gewählt worden.

## Kathenau und Volkspartei.

Der Beschluß der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, gegen die Ernennung Kathenaus zum Außenminister zu protestieren und die Vereinbarungen über die Finanzpolitik aufzulösen, ist, wie wir hören, nur mit 17 gegen 15 Stimmen gefaßt worden. Er wird dennoch, nachdem er einmal in die Öffentlichkeit geworfen worden ist, das innerpolitische Leben aufs stärkste beeinflussen. Mit der lahmten Entschuldigung, es handle sich nur um eine Zufallsmehrheit, wird man die Sache nicht wieder einrenken. Wie soll man mit einer Partei zusammenarbeiten können, von der man in jedem Augenblick die verrücktesten und gewissenlosesten Beschlüsse erwarten muß?

Die „Zeit“ veröffentlicht einen Leitartikel, der sich eher wie ein Entschuldigungsversuch, denn wie eine Rechtfertigung des eingeschlagenen Verfahrens liest. Darin wird u. a. behauptet, Kathenau habe auf seine Ernennung gedrängt und nicht einmal ihre Verschiebung um 48 Stunden dulden wollen. Zur Bestätigung dieser Behauptung beruft sich die „Zeit“ auf eine Unterredung zwischen dem Reichskanzler und Vertretern der Deutschen Volkspartei. Der Reichskanzler erklärt jedoch dazu, diese Behauptung sei absolut falsch und könne höchstens nur als ein „schwer verständliches Mißverständnis“ bezeichnet werden.

Die „Freiheit“, eines der wenigen gestrigen Abendblätter, die sich mit dem Fall ausführlich beschäftigen, schreibt:

Noch eines muß mit allem Nachdruck hervorgehoben werden. Das Verhalten der Deutschen Volkspartei beweist unüberdäglich, daß es ihr ausschließlich um das Erlaufen der politischen Macht zu tun war. Für sie waren die „persönlichen Garantien“, das heißt die Befehle der wichtigsten Ministerposten, die Diktatur über das Kabinett Birth das einzig Wichtige.

Das ist sehr richtig. Es muß nur hinzugefügt werden, daß es bei der U.S.P. liegt, durch eine kluge, auf Berichtigung der Arbeiterinteressen gerichtete Politik dem Machttreiben der Deutschen Volkspartei den stärksten Riegel vorzuschleichen.

### Der „Temps“ über Rathenau.

Paris, 1. Februar. (G.) Der „Temps“ ist von der Ernennung Rathenaus zum Außenminister außerordentlich befreudigt und wünscht seiner nicht gerade leichten Aufgabe vollen Erfolg. Man könne nicht nur der Person Rathenaus, sondern auch seinen Plänen Vertrauen entgegen bringen und müsse seinen Handlungen Berechtigung widerfahren lassen. Rathenau werde zweifellos im Frieden derselbe sein, der er im Kriege war, und wie seine Eigenschaften Deutschland dabei halfen, den Krieg zu führen, so könnten sie Europa helfen, den Frieden zu besiegeln. Rathenau sei stets ein Meister der Verhandlungstaktik gewesen, dem gegenüber man keinen Fehler machen dürfe, und zwar nicht nur, in dem, was man tue, sondern auch in dem, was man unterlasse.

## Die Handgranate des Kronprinzen.

Der Brief des früheren Kronprinzen, den wir im Abendblatt erwähnten, hat in den deutschmonarchistischen Kreisen die größte Aufregung hervorgerufen. Das Abendblatt Reinhold Wulles behauptet, der Brief habe „auf die entflohenen rechtsstehenden parlamentarischen Kreise gewirkt wie eine Handgranate im dichtgefüllten Unterstand“. Man sei erschreckt und empört zugleich. Daß in dieser Weise und von dieser Stelle her den Deutschmonarchisten so in den Rücken gefallen würde, hätte man nicht erwartet. Politisch sei der Brief unbegreiflich. Zwar sei den deutschen Monarchisten auch sehr wohl bekannt, daß der Kronprinz vom Heimweg geplatzt sei, aber ebenso bekannt sei ihnen, daß „der hohe Herr“ es als schwere Enttäuschung empfunden habe, von seinen Freunden immer wieder an der Rückkehr nach Deutschland gehindert zu werden. Das Wulle-Blatt empfindet es als „in der Tat bitter“, daß der Kronprinz nun auf eigene Faust vorgehe und „mit der Revolution zu partieren“ suche. Das müsse

schweren Schaden tun den Epigonen des alten Fritz „zum Vorteil von Wittelsbach, der auf nichts verzichtet“.

In der „Kreuz-Zeitung“ nimmt Graf Westarp „höflichst“ das Wort, um dem Kronprinzen die Bescheidenheit, daß er infolge seiner mehrjährigen Abwesenheit eigentlich die Lage in Deutschland nicht recht verstehe. Für sich nimmt der streitbare Graf das Recht und die Pflicht in Anspruch, trotz des Kronprinzen die Verberbeit für den monarchischen Gedanken unter keinen Umständen einzustellen. Darüber hinaus betont er, alles tun zu wollen, um das deutsche Volk „für den monarchischen Gedanken wieder reif zu machen“ und dahin zu wirken, daß „die monarchische Staatsform auch das Vertrauen der Mehrheit der handarbeitenden Klassen wiedergewinne“.

Die „Deutsche Tageszeitung“, die sonst so wortreiche, ist ganz vor den Kopf geschlagen und versichert nur, daß die Meinung des Kronprinzen nicht die ihre sei. Die „Tägliche Rundschau“ hingegen, die halb sinnesparteilich und halb westarplisch schillert, bestätigt dem Kronprinzen, daß „im modernen Deutschland die Arbeiterschaft in der Tat eine derartige Rolle spielt, daß man weder gegen sie regieren noch den inneren Frieden sichern kann, wenn nicht wenigstens ihre vernünftigen Teile die obersten Staatseinrichtungen autoritativ schützen“. Die Absage des Kronprinzen an den Rechtsputschismus unterschreibt das Blatt und erklärt dann mit einem Nicken und einem trockenen Auge, es sei dem Kronprinzen dankbar, daß er ein so „mutiges Bekenntnis zu ehrlicher Staatsgesinnung abgelegt“ habe.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion nahm in einer besonderen Sitzung zu dem Briefe des Kronprinzen Stellung und erklärte, daß es sich nach ihrer Ansicht „nur um einen Privatbrief handele“.

Dieses hin- und hergerede der Deutschmonarchisten beweist also, was Wulle so drastisch ausdrückt, daß der Kronprinzenbrief tatsächlich wie eine Handgranate unter ihnen gewirkt hat. Zwar waren sie nicht „im dichtgefüllten Unterstand“, aber sie laufen doch umher wie ein vom Habicht aufgeschrecktes Hühnervolk.

## Die Sünfländerkonferenz.

Die Sozialistische Sünfländerkonferenz, die von der französischen Sozialistischen Partei im Einvernehmen mit der Wiener Arbeitsgenossenschaft und mit der Zweiten Internationale einberufen wurde, findet am 4. Februar in Paris statt.

Für Deutschland nehmen daran bestimmt Teil die Sozialdemokratische Partei und die Unabhängige Sozialdemokratie. Als Vertreter der SPD. begeben sich die Genossen Otto Wels und Dr. Adolf Braun nach Paris, als Vertreter der U.S.P. Vedeboer und Crispian.

Die Beteiligung der Kommunisten ist bis zur Stunde noch ungewiß. Es verlautet, daß die deutschen Kommunisten, die bekanntlich mit dem Gedanken dieser Konferenz sympathisieren, die Absicht haben, ebenfalls Vertreter nach Paris zu entsenden, und daß die französischen Kommunisten unter dem Druck des Moskauer Exekutivkomitees ihre jüngst feierlich verkündete Ablehnung fallen gelassen haben.

## Das obererschlesische Abkommen.

Warschau, 1. Februar. (G.) Von gut unterrichteter Stelle wird erklärt, daß die Oberschlesien-Verhandlungen in Genf unter Vorsitz von Bundesrat Calonder am 10. Februar beginnen werden.

Der Generalkonferenzrat Jeth Lob ist zum Reichskommissar zur Ausführung von Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten und zum Präsidenten der Reichsrücklieferungskommission ernannt worden.

Defizitwirtschaft auch in Belgien. Der belgische Budgetentwurf für die Eisenbahn, Postverwaltung und Marine sieht in den Ausgaben 1 330 870 572 Franks vor, in den Einnahmen 1 142 174 956 Franks. Das belgische Budget für die Post und Eisenbahn weist also ein Defizit von 200 Millionen Franks auf.

## Pfignier-Woche.

Von Kurt Singer.

Im letzten, wahrscheinlich allerletzten „Anbruch“-Konzert wurde die Pfigniersche Kantate „von deutscher Seele“ uraufgeführt. Dieses Werk hat seinen Lauten und seinen leisen Klang, es hat die träumende Schwermut Eichendorffscher Poesie und die grüblerische Farbe Pfignierscher Naturliebe, es hat sein scharfgehört hinausschendes und sein erschüttert stagnierendes Musikelement. Und vor allem reizt es, wie alle Musiken des unzeitgemäßen Pfignier, zu einem schwingenden, überall wahrnehmbaren und zum Schluß zu einer Parade ausstrebenden Gelohnis auf. Damit ist das Heldische, Kraftvolle deutscher Seele stark und sinnstrotz ausgesprochen. Zu den großen Eingebungen des Piederpiels gehören vor allem der fromme, chorartige, tief empfundene Nachtgruß, „weil jedes alles stille ist“, das letzte Humorstück vom trahenden Hahn, das hastvolle Jagen der schnaufenden Rosse, die verklärte Schönheit des „alten Gartens“. In allen diesen Lichtpunkten einer im Grundton unhumorigen, mißgestimmten Kantate rafft sich auch der Rhythmus einmal zu Besonderem auf, er ringt sich Töne ab, die nicht nur weise und gelehrt und atmend, sondern frisch erfinden, schön, ausdrucksstark, innig sind. Nun aber kann die deutsche Seele auch noch anders singen, und zwar nicht nur in pathetischem Hochflug oder in kirchlicher Ergebntheit. Das Wohl verflacht bei Pfigniers Romantik zur Monotonie, das Vachen und mehr noch das besonnte Lächeln wird von einem grüblerischen, unruhigen, rumorenden und steif-ersten Gesicht verdeckt. Die Heiterkeit, wo sie einmal durchhauert, ist Maske oder Keufersicht, ist nicht Leben, sondern Dräsestermusik. Wo nun gar Text und Situation Pfignier verpflichten, lang gesponnene Akte zu illustrieren, die Seele in ihrem Einhalten, in ihrem elegischen Ausruhen fühlbar zu machen, da erstarrt ihm in unmelodischen, lähm und überflüssig abwegigen Harmonien, Kontrapunktischen Schwachheiten die gesamte Melodie des Lebens. Da wird er redselig zwar, aber gleichzeitig seelenstumm, blutleer. Ein solcher „Abend“, eine solche „Nacht“, eine solche „Ergebung“ sind in ihrem Mangel an Pathos, an Einsatz und rhythmischer Gliederung nur noch Echo, nur stimmungreicher Farbenkomplex, ohne Wirkung auf die Sinne. So viel Stimmungen, so viel Stille, vom Choral bis zur großen Oper. Singt die Stimme ein Lied? Sie psalmodiert, deklamiert, spiritisiert. Die Melodie bestimmt nicht Form, Ausmaß, sinnliche Gestaltung. Undankbare Aufgaben werden durch außerordentliche technische Schwierigkeiten und Härten interessant gemacht, wie denn überhaupt Pfignier aus seiner altertümlichen Diatonik scharf herausstritt und in modernes Antlitz zeigt. Doch ist dieser Übergang noch nicht unbewußt, ungewollt, noch kein Teil von Pfigniers Natur. Aber ich gestehe, daß gerade die Partien, die sich aus altem Bann frei lösen, die besten Eindrücke alles bisherigen Pfignierschen Schaffens darstellen. Leben und Lieben und Singen, und deutsches Wesen und Seelenheit — das sind Bormwürfe, die jeder große Musiker anders deuten, jeder Hörer anders wünschen mag.

Ob der Pfigniersche Klang selten der uns nahegehende, so mag der streitbare Mann nicht gleich Rassenfragen in die Debatte werfen. Ein Jude verhält ihm ja dazu, das Werk klingen zu lassen, ein Jude leitete es. Also nicht von der Erde aus sechten! Der Respekt vor Pfigniers Schaffen müßt sich zum erstenmal hier, im ersten Teil der Kantate, mit einem Empfinden wahrer und hoher Intuition. Das ist die eine Erkenntnis. Und die andere: die deutsche Musikseele beherbergt in sich einen Brummbar und eine Schar lustiger Singvögel. Den Brummbar haben wir vernommen; nicht aber die Nachtigall und nicht die Lerche.

Der Erfolg sprach — in einer unerhört guten Aufführung — für das Gesamtwerk. Persönlichkeiten halfen auch über unpersönlich Blaffes hinweg. Rerowich hatte seinen größten Tag; so ausgegangen im Spiel ist er noch selten, so bedacht und ruhig durchdacht hat er selten eine Partitur ausgearbeitet. Berta Knina und Maria Dizevskaja sind Leuchten der Gesangskunst, bezwingend im Stimmlichen und Musikantischen. Breitladend und ergiebig der Bass Fischers, flach, doch beherzt Friß Krauß. Die Philharmoniker und der brillant funktionierende Mittelchor gaben der Aufführung einen Feiertagsanstrich. Den hatten in der gleichen Woche weder die Lieder noch die Kammermusik, für die sich der Komponist, Kroyt, Stegman einsetzten, ohne von der Rot, von der Freiheit, von der seelischen Durchleuchtung dieser gezimmerten und gemesserten Stücke zu überzeugen. Im besten Fall lugt ein Wendelsohn aus den roten, im „schlechtesten“ wird die Träumerei langatmig. Die Logik des Baues herrscherin, der Archaismus selbstgefällig. Eine „Polestrina“ einmal zugrunde gehen. Doch seien wir nicht prophetisch, und halten wir einen Augenblick dem Romantiker der deutschen Seele Hand und Herz freudig hin.

Wenn die Ostsee zugefroren. Der ungewöhnlich lange, heftige Frost, der bisher herrschte, hat auch der Ostsee einen richtigen Winter gebracht; sie ist im Laufe der vergangenen Woche auf weite Strecken vereist. Infolgedessen sind an einer ganzen Anzahl von Stellen Dampfer eingefroren, die nun auf milderes Wetter warten müssen. Die Ostsee vereist naturgemäß in ihren nördlichen Teilen, besonders im Nordosten, stets zuerst. Der Bottnische, der Finnische und der Rigaische Meerbusen sind schon oft völlig zugefroren gewesen, so daß man von Schweden übers Eis nach Finnland und den baltischen Ländern gelangen konnte. 1459 wurde sogar eine regelmäßige Schiffsverbindung über die Ostsee zwischen Schweden und Livland eingerichtet, ebenso mit Finnland. Der Vereisung fallen auch die dänischen Ostseegebiete stets mit am frühesten anheim. Im Februar 1917 waren im Kattegat gegen 250 Dampfer eingefroren. Jetzt eben sitzen dort wieder eine Anzahl Dampfer fest. Im Winter 1408 kamen zahlreiche Wäffe aus Norwegen über das Eis des Skagerraks und fielen in Jütland ein. 1658 führte Karl X. von Jütland eine Heeresmacht von 12 000 Mann mit Pferden, Munition und Troß über die Weite, um Kopenhagen zu belagern.

Die süßliche Ostsee, welche die deutschen Küsten bespült, ist auch schon gar manches Mal zugefroren gewesen. 1323 herrschte solche Kälte, daß man von Kopenhagen nach Danzig zu Fuß

über die Ostsee konnte. 1545 entwickelte sich ein reger Schiffsverkehr zwischen Mecklenburg und Dänemark. Die Küstengewässer frieren natürlich weit eher zu als die offene See, das gilt für alle Hafis und Mündungsarme. Die dänische Felseninsel Bornholm hat schon viele Male feste Verbindung mit Schweden gehabt, ebenso Gotland. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Nordsee. Sogar Helgoland ist schon manches Mal von Turphaven aus zu Fuß übers Eis besucht worden.

Ein neues Drama von Hasenclever. Aus Frankfurt a. M. wird geschrieben: „Bobsed“, ein Drama in acht Bildern von Walter Hasenclever, erlebte im Neuen Theater die Uraufführung. An diesem Abend war die Aufführung das Bemerkenswerteste. Robin Robert als Regisseur gelang es, die innere Seele dieser Filmgenen mit schauspielerischem Leben zu füllen und sie wenigstens theatralisch bedeutsam zu machen. In Walter Fried als Bobsed hatte er einen Spieler, der diese Figur mit wilder Leidenschaft durchglühte. Die freudigen Farben des Stückes gaben leider keine Gelegenheit zu selbster oder tieferer Charakterzeichnung. Im letzten der acht Bilder drang die Dämonie, um die Hasenclever gerungen, aus Schrei und Geste des Spielers, nicht aber aus den Worten des Autors. Das Thema von der Uebermacht des Goldenes an sich hätte stark an unser Gefühl rühren können. Unsere Zeit ist reif für einen Dichter, der den Dämon des Goldenes in ein Stück bannt, um ihn zu überwinden. Das aber hat Hasenclever nicht gewollt. Die Welt, die er schildert, ist untypisch, zufällig, uninteressant. Rein romanhafte Figuren erscheinen und verschwinden wie im Puppenspiel und bleiben ohne tiefere Beziehungen zueinander.

Die Briefmarkenneuheiten des Jahres 1921. Die Flut von Neuheiten, die die geographischen und staatlichen Umwälzungen nach dem Weltkrieg mit sich gebracht haben, ist wieder im Zurückgehen. Während das Jahr 1919 2547 verschiedene Neuheiten, das Jahr 1920 deren immerhin noch 1979 gebracht hat, ist ihre Zahl, wie der „Internationale Briefmarken-Courier“ berechnet, im letztvergangenen Jahr auf 1257 Stück zurückgegangen. Eigentlich ist die Verminderung noch bedeutender, denn 309 Neuheiten sind nur dadurch veranlaßt, daß Großbritannien ein neues Wasserzeichen „CACA“ eingeführt hat. Die meisten Marken gab Danzig aus; ihre Zahl beträgt 58. 43 Neuheiten entfallen auf die Fluggpostmarken. In ganzen sind an der Ausgabe von Neuheiten am stärksten beteiligt Europa und Südamerika.

Museumsführungen. Am Sonntag, den 5. Februar, 9<sup>h</sup>, Uhr. Arden wissenschaftliche Führungen durch Direktorialbeamte im Kaiser Friedrich-Museum (Kubens und von Doh) und im Museum für Vögelkunde (Amerikanische Abteilung) statt. Zulaufkarte (1 R.) am Eingang.

Hiericus v. Münchhausen ist in der Literarischen Verbindung des Berliner Lehrvereins am Donnerstag 8 Uhr in der Aula der Friedrich-Berberschen Oberschule, Riederwallstr. 12, eigene Balladen und Lieder.

Im Festung-Museum ist Donnerstag 1/8 Uhr Dr. Richard Blattenkeiner-Vien aus seinem Kofegger-Buch „Der Gollitzer aus 1171“ Entziffel.

Zauberbriefmarken für die Deutsche Gewerbeunion hat der Reichspostminister genehmigt. Deutschland erhält dadurch seine ersten Unkostenbriefmarken. Zur Erlangung von Entwürfen hat sechs deutsche Künstler zu einem enervus Wettbewerb eingeladen. Das Preisgericht hat Entwürfe von Prof. Schmalz, München, und den Kunstmalern Hans Carl Graf, München, und Siegmund v. Borch, München, an\*genähmt, die dem Reichspostminister zur Ausführung vorgelegt werden sollen.

# Luise Zieg zum Gedächtnis.

Von Clara Bohm-Schuch

In den frühen Morgenstunden des 27. Januar ist Luise Zieg, deren Leib heute den Flammen übergeben wird, ihrem schweren, jahrelangen Leiden erlegen. Wie sie diese Krankheit zwang, wie der starke Wille immer wieder die Herrschaft über den siechen Körper davontrug, das kennzeichnet das Wesen dieser unbeugsamen Frau. Solange sie lebte, schaffte sie; der Tod nur konnte sie zur Ruhe zwingen. Mit der Arbeit war sie unlöslich verbunden; die Arbeiterkraft zu Einfluß und Macht zu führen im Staats- und Wirtschaftsleben war ihr Ziel. Im Proletariat wurzelte ihre starke Persönlichkeit, aus diesem Boden sprang der Quell ihrer Kraft. Sie fühlte nicht nur alle Räte und Leiden der Menschheit in dem buchstäblichen Kampf ums tägliche Brot, sondern sie kannte sie. Sie wußte, wie die feinen Flügelstöße der Seele zerbrochen werden von den Alltagsorgen eines Proletariatslebens, sie wußte um die heiße Sehnsucht nach Wissen und Kultur, die Tausende junger Arbeiterkinder durchglutet und die zerfallen muß im Lärm der Maschinen, in der Mühseligkeit des grauen Werktages. Aus dem Erleben kam bei Luise Zieg der Wille nach und zur Erlösung; darum konnte sie so vielen zur Befreierin werden. Ihr Weg führte steil und mühselig hinauf, viel Hindernisse waren zu überwinden, und daß dabei ihr Wesen oft hart und rauh werden mußte, verstehen wir alle, die die Schritten und Schranken des politischen Kampfes im eigenen Wesen tragen. Was mich am stärksten mit dieser Frau verband, war ihr Klassenbewußtsein, ihr stolzes Zusammengehörigkeitsgefühl mit der Arbeiterkraft und, hieraus entspringend, die innere Trennungslinie zur bürgerlichen Frauenbewegung. Sie war sich ohne Zögern und Schwanken in dieser Richtung ihres Weges bewußt, und diese innere Sicherheit und Entschiedenheit gab ihren Reden sowohl wie ihren Schriften die Volkstümlichkeit und die begeisterte Kraft, durch die sie wirkten. Auch da, wo sie mit außerordentlichem Fleiß an sich trockenes Material zusammenstrug, verstand sie es so mit heißem lebendigen Atem zu durchdringen, daß es die Frauen packte. Ihre Broschüre über den Mutter- und Säuglingsschutz, über den Kinderschutz, „Die Frauen und der politische Kampf“, ganz besonders aber die kleinen Agitationschriften, „Gehörst du zu uns?“ und „Bist du eine der Unfrigen?“, waren uns wertvolle Hilfen bei der Gewinnung der Frauen für den Sozialismus.

Viele von unseren Genossinnen, die heute an führender Stelle in unserer Partei stehen, sind durch die Schule von Luise gegangen; die sozialistischen Frauen in ihrer Gesamtheit sind ihr zu großem Dank verpflichtet. Im Kriege trennte sich ihr Weg von unserer Partei, und wenn sie uns leidenschaftlich bekämpfte, so wollen wir nicht vergessen, daß dies gerade aus ihrer Liebe zur gemeinsamen Sache der Arbeiterkraft entsprang. Wir halten die Politik der Unabhängigen für falsch, wir betrachten die einseitige Spaltung der Sozialdemokratischen Partei als das schlimmste Hindernis zur Erreichung des Sozialismus, wir bedauern, daß der Kampf gegeneinander oft maklos geführt worden ist, aber die Reinheit der Motive, die Ehrlichkeit des Willens wird Luise Zieg in unseren Reihen niemand absprechen. Sie mußte sein, wie sie war, weil sie sich einer Sache nur ganz hingeben konnte. Sie gehörte der sozialistischen Arbeiterbewegung an, und in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie wird sie fortleben. Sie war ein leuchtendes Beispiel dafür, wie ein starker Mensch sich aus widrigen Verhältnissen zu geistiger Höhe emporarbeiten kann. Für uns Frauen hat sie viel getan; wir stehen trauernd an ihrer Bahre und geloben der toten Führerin, weiter zu arbeiten an der Befreiung der Menschheit aus Leiblicher und geistiger Not.

**Das Abrüstungsproblem.** Der temporäre gemischte Abrüstungsausschuß des Völkerbundes tritt am 20. Februar in Paris zusammen.

**Residenztheater: Eine Frau ohne Bedeutung.** Ein Drittel Wit, ein Drittel Bluff, ein Drittel Kolorierte, das sind die Elemente, aus denen diese sentimentale Komödie Oskar Wildes gebaut ist. Man hat das Stück heute noch kaum abgepielt; denn es ist rührend und unterhaltend zugleich. Der Witte dachte sich den Lebermenschen als einen Heberpflüster, der nur darum die moralische Welt umstülpt, weil er ein Sportsmann ist. So kommt es, daß er einmal wie ein Sportsmann ein junges Mädchen verführte. Der Sohn, der dann 20 Jahre alt wurde, soll mit dem Vater, den er nicht kennt, nach Indien gehen. Wüßlich erscheint die Mutter, tränenreich, leidenschaftlich. Sie will den Sohn hindern, daß er mit dem Vater geht, den er noch nicht kennt. Das ist diese Frau ohne Bedeutung, die ein sehr süßliches Schicksal schließlich fängt, indem sie die reiche amerikanische Erbin und den vor dem unmoralischen Vater geretteten Sohn für die Ehe einsegnet. Britentum, Franzosentum, Allereitsweicheit, Hintertrepp, Oskar Wilde verstand alles, wenn er Geld brauchte und Theaterreifer schrieb.

Man spielte im Residenztheater gut — und teilweise trotzdem aufdringlich. Gedämpft und natürlich waren nur Herr Korff und Frau Bertens, die eine lustige alte Weilsdame darstellte. Hansi Ernstädt pfefferte, wie immer, sehr bewußt nach dem Portekt schielend, wichtige Pointen. Adele Sandrock, die an den Rotterbühnen zur Duenna ein für allemal gestempelt worden ist, hat nun endgültig den Anschluss an die Lantentomil gefunden. Frau Triefsch verführte von vornherein die Rolle der traurigen Dame, die sie darzustellen hat, mit zurecht Schattens. Die Jugend, verkörpert durch Fräulein Weller und Herrn Schindler, bestand besser. M. H.

**Marienwunder.** Einen köstlichen Wit, der nicht frei von Bitterkeit, zum mindesten aber gut erfunden ist, erzählt unser holländisches Bruderblatt „Het Volk“. Ein englischer Offizier befehligte den Kölner Dom unter dem üblichen Geleit durch einen Geistlichen. Obgleich dieser kein Freund der Engländer war, zeigte er ihm jedoch pflichtgemäß alle Sehenswürdigkeiten, erzählte ihm von den begrabenen Erzbischöfen, von den Mosaikbildern im Fußboden, kurzum, er erfüllte vollkommen seine Aufgabe. Auf seinem Rundgange entdeckte der Engländer eine Marienfigur und als er genauer zuschaut, sah er, daß die Figur in ihrem linken Arme eine silberne Maus hielt. „Was bedeutet das?“, fragte der Offizier seinen Führer. „D.“ antwortete dieser, „vor vielen Jahren war in Köln eine schreckliche Mäuseplage. Als die Stadt von dem Ungeziefer gar zu sehr heimgesucht wurde, verehrten die Kölner der Mutter Gottes eine silberne Maus und boten sie, die Stadt von der Plage zu befreien. Dies Gebet wurde erhört.“ — Der Engländer lachte geringschätzig und fragte: „Daran glauben die Kölner jetzt wohl nicht mehr?“ — Darauf antwortete der Geistliche: „Nein. Wenn sie das noch glaubten, so hätten sie der Mutter Gottes schon lange einen silbernen Engländer in die Arme gelegt.“

In der Bibliothek des Kunstgewerbe-Museums sind im Februar Holzschnitte und Handzeichnungen von Josef Weig ausgestellt.

Einem Aufbruch der Deutschen nach Ostasien, plant die Deutsche-Russische Kulturvermittlungsgesellschaft, an der die russische Realeruma beteiligt ist. Zunächst soll auf der Strecke Kōnigshagen-Moskau im Hinblick auf den Berliner Nachkriegsvertrag und umgekehrt geschehen werden. Der Verkehr soll in erster Linie der amtlichen Kurierpost dienen. Die Beförderungsdauer, welche gegenwärtig fast eine ganze Woche beträgt, wird dadurch auf 24 Stunden herabgesetzt werden.

# Die Reformen in Rußland.

Die Reformarbeit, die Rußland zu leisten hat, um auf dem Weltmarkt als kreditwürdiger Partner aufzutreten zu können, beherrscht auch weiter im Sowjetstaat das öffentliche Interesse. Zwei Dinge sind es vor allem, über die Klarheit geschaffen werden muß: die Sowjetrußland seine normalen Beziehungen zu der Außenwelt wieder aufnehmen kann; die rechtliche Stellung des einzelnen und seines Eigentums und die Bedingungen, unter denen ein geregelter Warenverkehr stattfinden kann. Wir berichteten bereits, daß sich der allrussische Juristenkongress mit der ersten dieser Fragen beschäftigen werde. Der Kongress ist nunmehr zusammengesetzt. Es ist nicht uninteressant zu erfahren, was der Volkskommissar für Justizwesen Kuzki bei dieser Gelegenheit in seiner Eröffnungsrede ausführte. Er sagte u. a.: „Unsere Aufgabe ist es, mit dem Aufbau unseres Justizwesens zu beginnen und vor allen Dingen den Gedanken eines einheitlichen Volksgerichts zu verwirklichen. Unsere internationalen Beziehungen erfordern die Lösung einer Reihe rein praktischer Fragen auf dem Gebiete des Handelsverkehrs und der Kreditoperationen, wo Garantien für das Eigentum der Ausländer festgesetzt werden müssen. Die neue Wirtschaftspolitik erfordert die Schaffung eines Zivilrechts auf fester Grundlage. Die Beziehungen zu der Privatindustrie und dem Großhandel müssen geregelt werden, wie auch die Formen der Landnutzung. Die Gesetze über Arbeiterschutz müssen nicht nur die Interessen der Arbeiter wahren, sondern auch die der staatlichen Betriebe.“ Das sind Worte, wie man sie auch schon auf dem Kongress der Sowjets im Dezember vorigen Jahres hörte. Am wichtigsten unter den heutigen Umständen ist die Forderung, das Privatrecht wiederherzustellen. Allerdings wird es schwerer sein, den Weg in die Praxis zurückzuführen, als die alten Gesetzestexte aus der Rumpfkammer hervorzuholen. Interessant ist die Ankündigung über das Arbeiterschutzgesetz, das in erster Linie die staatlichen Betriebe sicherstellen soll.

Wie dieser Schuh gedacht ist, geht aus den kürzlich veröffentlichten Richtlinien des Zentralkomitees der russischen Kommunistischen Partei hervor, die sich auf die Gewerkschaftspolitik beziehen und die unter Mitwirkung Lenins geschaffen wurden. Es heißt darin, den Gewerkschaften käme die Aufgabe zu, gegen die Bürokratie, die Feindschaft und Uebertreibungen der staatlichen Wirtschaftsorgane anzukämpfen. Das dürfte indessen weder durch Streiks, die einen Kampf gegen den proletarischen Staat bedeuten würden, noch durch Eingriffe in die Betriebsverwaltung, sondern lediglich durch vermittelnde Tätigkeit der Gewerkschaften erfolgen. Die Streiks in der staatlichen Industrie, die infolge der Rückständigkeit einzelner Arbeitergruppen, durch gegenrevolutionäre Verhinderung oder mangelnde Umficht der Gewerkschaften ausbrechen könnten (!), müßten scharf liquidiert werden. Damit wird den Arbeitern und Angestellten in den staatlichen Betrieben Sowjetrußlands das Streikrecht entzogen. Auch im übrigen sind die Richtlinien durchaus bemerkenswert. Sie gehen davon aus, die Umstellung der Wirtschaft erfordere eine Belebung der Gewerkschaften. Der Klassenkampf gegen das Privatkapital sei von neuem aufzunehmen. Der Beitritt der Arbeiter zu den Gewerkschaften dürfe fortan nur freiwillig erfolgen, da der gewerkschaftliche Organisationszwang zum Bürokratismus innerhalb der Gewerkschaften und zu ihrer Entfremdung von den Arbeitern geführt habe. Politischen Fragen gegenüber müßten sich die Gewerkschaften ebenso wie in der Frage der Religion neutral verhalten und dürften keinesfalls eine bestimmte politische Einstellung von den Mitgliedern verlangen. Alle Eingriffe der Gewerkschaften in die Verwaltung, auch der privaten Betriebe, die viel Schaden angerichtet hätten, müßten aufhören, und die Fragen der Entlohnung usw. dürften lediglich durch Verhandlungen der Parteien und nicht mehr durch einseitige Verfügungen geregelt werden. Die Konzeptionen, die hier an das Privatkapital gemacht werden, sind in der Tat so weitgehend, wie man es von kapitalistischer Seite nur immer wünschen kann. Die rechtliche Stellung der russischen Arbeiter dem Privatkapital gegenüber wird sich in Zukunft durch nichts von der Stellung des westeuropäischen Arbeiters unterscheiden. Wir stellen das ohne Spalt fest, glauben aber die Frage nicht unterdrücken zu dürfen, ob es wirklich notwendig war, durch ein so ungeheures Meer von Blut und Tränen zu waten, um an dieser Stelle wieder zu landen. Wir glauben ferner feststellen zu können, daß die Stellung der in der Zweiten Internationale verankerten Arbeiter bei weitem machtvoller und gefestigter ist, als die der Arbeiter in Sowjetrußland. In den Richtlinien wird ja selbst zugegeben, daß sich Sowjetrußland auch seine Gewerkschaften zunächst einmal von neuem schaffen muß. Hier dürfte sich unseren menschewistischen Genossen in Sowjetrußland außerhalb jeder Politik ein vorzügliches Arbeitfeld eröffnen, wie es überhaupt die Frage ist, ob hinter den sozialen Aufgaben im Sowjetstaat nicht jeder Streit um politische Ziele zurücktreten sollte. Eine praktische Mitarbeit in der Gewerkschaftsbewegung wird durch die hoffentlich nicht nur auf dem Papier stehende Bestimmung in den Richtlinien gewährleistet, daß jeder parteipolitische Gesichtspunkt innerhalb der Gewerkschaften ausgeklammert werden soll.

Mit besonderem Eifer hielt die Sowjetregierung bisher an dem Außenhandelsmonopol fest, daß für eine staatliche Oberhoheit auf wirtschaftlichem Gebiete Gewähr leisten sollte. Wir bezweifeln seinerzeit, ob sich dieses Monopol in der beabsichtigten Starke durchführen lassen werde. Auch in Sowjetrußland selbst scheinen diese Zweifel nunmehr die Oberhand zu gewinnen. Der stellvertretende Volkskommissar für Außenhandel Leshowa, der bisher mit besonderer Entschiedenheit für die Beibehaltung des staatlichen Monopols eingetreten war, schreibt in den Berichten seines Kommissariats: „Es ist klar, daß wir den privaten Verbraucher nicht nach der gleichen Methode mit Auslandswaren versorgen können, wie die staatlichen Institutionen. Es müssen daher unbedingt für den Privatmarkt elastischere Formen und ein weniger schwerfälliger Apparat geschaffen werden.“ Das sowjetamtliche Wirtschaftsblatt „Ekonomicheskaja Schiza“ knüpft an diese Äußerung an und erklärt die neuen Formen in der Bildung von Aktiengesellschaften und Export-Import-Gesellschaften, die einerseits aus den interessierten Trusts, Syndikaten, in- und ausländischen Firmen, andererseits aus Vertretern des Staates, d. h. des Außenhandelskommissariats, bestehen müßten, wobei den letzteren ein überwiegender Einfluß zu sichern wäre. Ob das gelingen würde, ist allerdings die Frage. Immerhin wäre es ein interessantes Experiment, eine in dem volkswirtschaftlichen und genossenschaftlichen Leben Rußlands verankerte Kammer für den Außenhandel zu schaffen und so das Sowjet-System, das mehr sein könnte als eine sowjetamtliche Kulisse, weiter auszubauen — innerhalb einer privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Zum Schluß seien in diesem Zusammenhang einige Vergleichsziffern für den Import Rußlands 1921 und 1912 angeführt, die, dem oben erwähnten Blatt entnommen, ein anschaulicheres Bild von dem Niedergang Rußlands ergeben, als Schilderungen von Augenzeugen es vermögen. Rußland führte im Jahre 1912 ein für den Bedarf der Bergwerke für 62 Millionen Rubel, 1921 dagegen in neun Monaten nur für 4 Millionen Rubel; für die Metallindustrie 378 bzw. 38,5 Millionen; Textilindustrie 147 bzw. 50,6 Mil-

lonen; Lebensmittelindustrie 338, bzw. 18,7 Millionen und für andere Industriezweige 220 bzw. nur 75,7 Millionen.

# Ein neuer Schwindel.

Die infamen Verleumdungsnotizen gegen sozialdemokratische Führer, besonders auch gegen den Reichspräsidenten, genügen der deutschmonarchistischen Presse nicht mehr. Man zieht wiederholt auch die schlichte und überaus taktvolle Frau des Genossen Ebert durch die deutschmonarchistischen Spalten. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Agrarierblatt „für deutsche Ael“, teilt sich in ihrer letzten Abendausgabe einen besonders gehässigen Anwurf. Sie behauptet, Frau Ebert ließe ihre private Korrespondenz durch das amtliche Bureau des Reichspräsidenten besorgen und amtlich mit Porto versehen. Außerdem wende sie das majestätische „Wir“ an, während sonst jeder Sterbliche das einfache „Ich“ in seinem Schriftwechsel benutzen müsse.

Dem Agrarierblatt ist von dem Leiter des Bureaus des Reichspräsidenten jetzt die folgende Berichtigung zugegangen, die den neuesten Schwindel einfach niedriger hängt:

„In der heutigen Abendausgabe Ihres Blattes wird unter der Ueberschrift „Von der Postfreiheit der Frau Reichspräsident und dem pluralis majestatis“ behauptet, daß die Frau des Reichspräsidenten ihre Privatkorrespondenz unter deutscher Frankierung erledige und daß ihre Neujahrswünsche die Fassung gehabt hätten:

„Frau Ebert senden die besten Wünsche zum neuen Jahre.“

Beide Behauptungen sind unrichtig. Der Reichspräsident hat die ihm aus Anlaß des Jahreswechsels zugegangenen Glückwünsche in den Fällen, wo eine Erwidrung geboten war, durch Uebersendung einer Besuchskarte erwidert. In den Fällen, in denen gleichzeitig auch seiner Gattin Glückwünsche ausgesprochen waren, wurden diese die Aufschrift „Ebert, Reichspräsident“ tragenden Besuchskarten durch den schriftlichen Zusatz ergänzt „und Frau Ebert senden die besten Wünsche zum neuen Jahre“. Diese Karten wurden, da es sich um eine durch die amtliche Stellung des Reichspräsidenten veranlaßte Korrespondenz handelt, vom Bureau des Reichspräsidenten als Dienstbrief erledigt. Privatkorrespondenzen des Reichspräsidenten und seiner Gattin werden stets als Privatbriefe frankiert.“

Das majestätische „Wir“ schrumpft danach zu einer einfachen bürgerlichen Redensart zusammen, was jeder Schüler der sechsten Volksschulklasse erkennen kann. Nur wer fälschend das „und“ wegläßt, kann zu der häßlichen Bemerkung über den „pluralis majestatis“ kommen. Dazu braucht man allerdings die klassische Bildung des deutschen Landbündlerblattes.

# Dr. Ponick strafversetzt.

Die Reichsdisciplinarkammer in Potsdam hat im Juni d. J. den Ministerialrat im Reichsarchivministerium Dr. Ponick wegen Dienstübergehens mit einer Verwarnung bestraft, weil er entgegen der dienstlichen Verfügung seines Reformministers den Ministerpräsidenten Braun in der Presse angegriffen hatte. Auf die Berufung beider Parteien hob das Reichsgericht das Potsdamer Urteil auf und verurteilte Dr. Ponick zu 3000 M. Geldstrafe und Strafversetzung.

# Die Steuerberatung.

Der Steuerauschuß des Reichstages hat Vortagung eines Gesetzes gefordert, das die Frage regelt, inwiefern das Reich die Länder und Gemeinden und die Länder und Gemeinden das Reich besteuern sollen. (Es handelt sich u. a. um die Frage, ob und inwiefern die städtischen Betriebe, Gasanstalten und Sparkassen zur Steuer herangezogen werden sollen.) Für die Sparkassen forderten die Abgg. Bernstein (Soz.) und Dr. Herx (N. Soz.) als gemeinnützige Unternehmungen Freilassung von der Vermögenssteuer. Sofern sie sich auf die Pflege des eigentlichen Sparkassenverkehrs beschränken, bleiben sie und die Körperschaften des öffentlichen Rechts geleiteten gemeinnützigen Kreditanstalten nach Erklärung der Regierung vermögenssteuerfrei. — Einem Antrag Dr. Becker (D. Sp.) auf Herabsetzung der Wertgrenze des Anschaffungspreises der noch steuerfreien Gegenstände (Schmuck, Luxusgegenstände, Sammlungen aller Art) über die vorgesehenen 5000 M. oder für mehrere gleichartige Gegenstände 50000 M., traten die Abgg. Dr. Herx (N. Soz.) und Bernstein (Soz.) entgegen und forderten, daß durch genaue Gesetzesbestimmungen die Möglichkeit der Steuerhinterziehung ausgeschlossen werde. Ein Zentrumsantrag schlägt vor, daß zwischen Schmuck und Luxusgegenständen einerseits und Kunstgegenständen andererseits unterschieden werde und die Steuerpflicht der ersteren einsehen solle, wenn der Anschaffungspreis 10000 M. übersteigt. Bei den letzteren soll die Steuerpflicht erst bei 20000 M. bzw. 200000 M. einsehen.

# Amerika als Gläubigerstaat.

Paris, 1. Februar. (WLB.) Nach einer Havasmeldung aus Washington soll der Verfalltag für die interalliierten Schulden bei Amerika nicht über den Juni 1947 hinausgehen. Die Zinsen werden mindestens 4% Proz. betragen. Die Garantien einer Macht dürfen nicht an die Stelle der Garantien einer anderen Macht treten.

# Für Rückgabe des deutschen Eigentums.

Wie dem „Newyork Herald“ aus Washington berichtet wird, kündigte der demokratische Senator King an, er werde diese Woche einen Presseauschuß zugunsten der Bill beginnen, die jetzt dem Rechtsausschuß vorliegt und die die Zurückgabe allen Eigentums an Deutsche in Amerika, das diesen während des Krieges genommen wurde, vorsieht. Er sagte: „Wir sind jetzt eine Gläubiger-nation in der Höhe von dreißig Milliarden Dollar und wir sollten nicht einen Augenblick länger Privateigentum zurückhalten, um irgendwelche anderen Ansprüche, die Amerika gegen seinen früheren Kriegsgegner haben mag, in Gegenrechnung zu bringen.“

# Arbeitsamt und Genua.

Rom, 1. Februar. (CP.) Nach dem Blatte „Il Mondo“ begibt sich heute, Mittwoch, Albert Thomas, der Leiter des Internationalen Arbeitsamtes, nach Rom, um mit dem italienischen Ministerpräsidenten die Vorbereitungen zur Konferenz von Genua zu besprechen.

# Viviani gegen den Militarismus.

Paris, 1. Februar. (WLB.) Wie einige Blätter melden, steht eine Umgestaltung der geplanten Militärreform bevor. Trotz der Herabsetzung der Dienstzeit verurtheilt die Durchführung der Barthouschen Reform eine Mehrausgabe von 500 Millionen Frank. In den Verhandlungen der Kammer soll sich gestern Viviani sehr scharf gegen den Gesetzentwurf ausgesprochen haben. Er habe sogar erklärt, man dürfe sich dann nicht wundern, wenn Frankreich in der Welt des Militarismus und Imperialismus bezichtigt werde. Wenn der Gesetzentwurf so angenommen werde, werde er Frankreich nicht, wie er versprochen habe, auf der Konferenz von Genua vertreten. Jetzt wird angekündigt, daß die Regierung den Gesetzentwurf zurückziehen werde, um ihn umzuarbeiten.



# Hinter den Häusern am Belle-Allianceplatz.

## Die Kraftstation unter der Belle-Alliance-Säule.

Die Budelei in den Berliner Straßen ist seit langem sprichwörtlich geworden. Jemandem ist das Pflaster immer aufgerissen. Bald verlegt man Kabel, bald Wasserrohr, bald Gasrohr, bald wird auch nur das Pflaster ausgebessert. Aber diese alltäglichen Budeleien sind so schnell beendet, daß sie kaum auffallen. Ganz was anderes aber ist es, wenn der Tunnel für eine ganze Untergrundbahn in die Berliner Straßen eingebuddelt werden soll. Dann entstehen bald kostbare, wohlgepflegte Bauzune, die sich selbst, wenn sie noch so schön gefärbt sind, vorzüglich als improvisierte Kellerräume eignen. Bei dem Bau der Nord-Süd-Bahn, die nun trotz aller Schwierigkeiten doch noch fertig werden wird, sind diese Zune wenigstens in der Friedrichstraße allmählich verschwunden. Keum und bucklich wölbt sich das Pflaster über die großen Eisenbetonröhren, in denen bald schnelle Wagen hin- und herhuschen sollen. Aber der Belle-Alliance-Platz ist immer noch vor den neugierigen Augen der vorübergehenden gewöhnlichen Sterblichen mit einem hier und da schon etwas schief gewordenen, aber immerhin noch sehr schönen Saun umgeben, und an all den kleinen Türen, die den Platz mit seiner Umwelt verbinden, wehren schmutzige Schilder dem Unbesugten den Eintritt.

### Am Halleischen Tor.

Auch unter dem Hochbahnhof Halleisches Tor steht solch ein prächtiger Saun. Wenn wir die kleine Tür durchschreiten haben, heißt es die Augen aufmachen. Denn im Augenblick rollt ein ganzer Zug mit kleinen Boren an uns vorüber und eine grün gestrichene elektrische Lokomotive von kräftiger Bauart scheint gar nicht schnell genug vorwärts eilen zu können. Bei dieser Miniatureisenbahn kann man sich übrigens kostenlos elektrifizieren, denn der Leitungsdraht ist so niedrig, daß man ihn mit ausgerichtetem Arm gerade noch erreichen kann. — Wenn fällt nicht die vor Jahren viel belachte Antwort ein, die ein ängstliches Fräulein erhielt, als sie zaghaft fragte, ob man beim Betreten der Straßenbahnlinien keinen Schlag erhalte: „Wenn sie nicht mit der anderen Bein gleichzeitig an'n Draht kommen.“ — Auf einer langen Rampe liegen die Gleise, auf den die Boren entlangfahren, um direkt aus den im Landwehkanal anliegenden Kähnen die herangeführten Baustoffe aufnehmen können. Umwelts der Brücke, über die die Fluß des großstädtischen Verkehrs im ständigen Fluß dahindraus, liegt eine Zille verankert, die als Wohnschiff hergerichtet ist und die Kleiderablage ufm. für die Arbeiter trägt.

### Unter dem Landwehkanal.

Das dunkle, schmutzige Wasser des Landwehkanals fließt bereits über den geräumigen Tunnel der Untergrundbahn hinweg. Zum Bau dieses Tunnels wurden zunächst auf beiden Seiten des Kanals in gewissen Abständen vom Ufer Spundwände in das Wasser getrieben, die nach Sperrung der Schiffahrt miteinander verbunden wurden, während das Wasser des Kanals in schmaler Rinne an der dem Hochbahnhof gegenüberliegenden Seite weiterfließen konnte. In offener Baugrube wurde der Tunnel in den Landwehkanal eingebaut, mit einer 1 Meter starken Betondecke versehen, auf die dann noch Schottersteine gelegt wurden, um jede Beschädigung durch Bootshaken auszuscheiden. Diese Arbeit wurde in dreieinhalb Monaten beendet, da sie wesentlich einfacher auszuführen war als die Unterführung der Spree an der Weidenbammer Brücke. Zur Sicherung der Untergrundbahn gegen Erlaufen bei einem eventuellen Durchbruch des Wassers ist eine Anlage eingebaut, die wie ein großer Absperrschieber wirkt und die für ein hermetisches Abschließen der gefährdeten Strecke sorgt.

### Das Haus auf Stäßen.

Auf den Sprossen einer kleinen Holzleiter gelangen wir schnell auf die Sohle des Tunnels. Röhle umfängt uns. Wir gehen unter den Kanal hindurch ein Stück unter der Belle-Alliance-Straße entlang. Der Bau ist tüchtig vorgeschritten. Die an dieser Stelle für die Aufnahme von unterirdischen Betriebswerkstätten hergerichteten und daher besonders weiten Betonhallen wirken fast so ferliedlich wie ein Dom. Ueber uns wolkenden Arbeiter die großen kühnen Eisenwölbungen, die ebenfalls 1 Meter stark den Tunnel nach oben abschließen. Wir wenden uns nun dem Belle-Alliance-Platz zu. Unter dem linken Halleischen-Tor-Gebäude ziehen sich sechs schwere eiserne Trägerpaare hindurch. Es war notwendig, das ganze Gebäude von unten her abzustützen, da der Tunnel unter ihm entlanggeführt wird.

Dieses schwere Stück des großen Werkes ist meisterhaft gelungen. Nicht die geringste Veränderung ist an diesem Hause festzustellen.

### Die verborgene Friedenssäule.

Die Baugrube auf dem Belle-Alliance-Platz ist noch offen, aus der ganzen Anlage aber erkennt man, daß hier ein Bahnhof von besonderer Größe entstehen soll. Und dem ist in der Tat so, wird er doch nicht weniger als vier Ausgänge nach seiner Fertigstellung aufzuweisen haben. Genau in der Mitte des Platzes wird ein schweres Fundament errichtet. Es ist die Gründung für die Friedenssäule, die früher an dieser Stelle auftrug. Jetzt ruht sie wohlverpackt, von Brettern sorglich eingehüllt, in einem Winkel innerhalb des großen Bauzunes, während der Friedensengel in einer vieredigen dunklen Kabine auf der Offseite des Platzes hausen muß. Aus großen Betonmischmaschinen rieselt fast ununterbrochen der feine graue Staub, der so feste Mauern, Böden und Decken zu bilden vermag, in die darunterstehenden Boren. Dort, wo die Lindenstraße auf den Platz stößt, ragt ein hölzerner Turm auf. In halber Höhe arbeitet dort eine Betonmischmaschine, die Gußbeton herstellt für das große unterirdische Umformerwerk, das die halbe Offseite, also ein Viertel des Platzes einnimmt und auf dessen Boden bereits 8 Fundamente für die Umformer fertig gegossen sind. Der vom Elektrizitätswerk gelieferte Hochspannungsstrom soll hier auf die für die Bahn notwendige Betriebsspannung umgeformt werden. Rechts und links von den Fundamenten stehen eiserne Pfeiler, auf die die Arbeiter gerade schwere Träger wuchten. Nach der Fertigstellung des Werkes werden die Umformer etwa 8 Meter unter der Straße arbeiten.

### Die Gefahren des Grundwassers.

Viele Sorge macht den Bauleitern das fast zusehends steigende Grundwasser. Zunächst arbeiten zwar noch die Wasserhaltungen, aber die fertige Anlage muß so vorzüglich abgedichtet sein, daß man die Pumpen entbehren kann. Eine Treppe führt uns aus dieser unterirdischen Welt wieder an die Oberfläche. Bauwunden und kleine Vertiefungen sind auf dem Platz errichtet. Eisenbleche, Schrauben und Muttern, Bolzen und Bohlen liegen Scheinbar wüst durcheinander. Ein Kran bemacht den Eingang zur Friedrichstraße. Es fällt auf, daß eine der Marmorgruppen, die den Platz zieren, fehlt. Das emsige Treiben, das Wühlen in den Eingewunden der Großstadt ist ihr zu bunt geworden, sie hat es vorgezogen, sich ein stilles Fleckchen im Friedrichshain anweisen zu lassen.

### Markenzauber.

Es gibt Marken zu 2 M., die mit der gleichen Mühe auf den nach auswärts gehenden Brief geklebt werden, die man früher auf das Aufpoppen der 10-Pf.-Marke verwenden mußte. Somit hat sich anscheinend nichts geändert, nur der Preis, was auf einem anderen Blatt steht. Doch wenn einem abends nach Schluß der Postanstalten noch etwas Wichtiges einfällt, das man einem Privat- oder Geschäftsfreunde noch eiligst mitteilen möchte, so ist man auf das Markenmaterial angewiesen, das man bei sich hat. Und an solchem fehlt es ja meist nicht, da 10-, 20- und 5-Pfennigmarken noch immer beim Einkauf als „Kleingeld“ eingenommen werden.

Also los an die Arbeit, denn jetzt heißt es nicht nur kleben, sondern auch rechnen. Man pappt 40-, 20-, 10- und 5-Pfennigmarken auf den Umschlag und stellt endlich mit Genugtuung fest, daß es reicht. Ein Brief mit 10 Marken besteht ist keine Seltenheit. Wollte man schikanös sein, so verwendete man nur 5-Pfennigmarken — das gäbe 40 Stück auf den Umschlag. Da dieser in dem Durchschnittsformat nur etwa 24 Marken aufnehmen kann, so muß man nicht nur die Rückseite ganz bepflanzen, sondern auch noch 16 Marken auf der Vorderseite anbringen, so daß der für die Aufschrift übrigbleibende Teil gerade ein Drittel der Fläche ausmacht. Man denke sich die Arbeit des ostempfinden Beamten, der vierzigmal die Quillotine herablassen lassen muß, um den Brief auf den Trab zu bringen.

Zwischen der neuen 2-M.-Marke und den vierzig 5-Pfennigmarken liegen nun sozusagen unendlich viele Klebemöglichkeiten, das 2-M.-Porto herzustellen. Heute, die viel Zeit haben, könnten sich der

Mühe unterziehen, die verschiedenen Kombinationen ausfindig zu machen, — für eine städtische Reihe von Tagen wären sie mit Arbeit versorgt. Studenten der höheren Mathematik mögen sich leichter mit der Aufgabe abfinden, wenigstens soweit es sich um Feststellung der Anzahl der möglichen Zusammenstellungen handelt. Jedenfalls sollte die Post aus der Vielfältigkeit der Lösungen die Mohnung entnehmen, 2-M.-Marken in reicher Zahl herstellen zu lassen. Sie erspart sich und dem Publikum ein Teil nutzloser Arbeit.

### Flucht der Fremden.

Die Nachricht von dem Beschluß eines Eisenbahnerstreiks hat gestern auf die Fremden in Berlin eine panikartige Wirkung ausgeübt. Viele Fremde hasteten zu schleuniger Abreise, so daß es in den Mittagstunden starken Andrang zu den Fahrkartenbüros und zu den Schaltern der Fernbahnhöfe gab. Die Eisenbahndirektion Berlin ließ die Nachmittagszüge verstärken, um möglichst alle Reisenden befördern zu können. Ankeindend ist die Hauptmasse der fluchtartig Abreisenden schon am Nachmittag aus Berlin hinausgekommen. Am Abend zeigten die Bahnhöfe keinen ungewöhnlichen Andrang mehr.

### Keine neuen 50-Pfennigsteine mehr!

Den schönen neuen Berliner 50-Pfennigsteine, die ein „Nichtsammler“ kaum zu sehen kriegt, soll es schon wieder an den Kragen gehen. Der Magistrat Berlin teilt folgendes mit:

Der Stadt Berlin ist die weitere Herausgabe ihrer neuen 50-Pfennigsteine von der Aufsichtsbehörde unterlagert worden. Das Reichsbankdirektorium kann nicht anerkennen, daß in Berlin noch ein Bedürfnis für 50-Pfennigsteine besteht. Die bisher herausgegebenen städtischen Steine sind leider in großem Umfange von den Notgeldsammlern einbehalten worden. Die Stadtkasse kann danach weiteren Bedarf an 50-Pfennigsteinen nur noch dadurch decken, daß sie die schon eingezogenen alten städtischen Steine wieder in den Verkehr gibt.

Herr Havenstein, der Reichsbankpräsident, hat sich offenbar an den alten Lumpensammlern die Finger noch nicht beschmutzt, sonst würde er ein so unerbittliches Verbot nicht erlassen können. Es zeigt so kaum überleblicher Unkenntnis der Berliner Kleingeldverhältnisse, ein Bedürfnis für 50-Pfennigsteine so kurzerhand abzuleugnen, wie es das Reichsbankdirektorium tut.

### Der Expreß-Keil verurteilt.

#### Der Nachtanzartikel als Geldquelle.

Der Herausgeber des Sensationsblattes „Neueste Nachrichten“, Arthur Keil, und der Dekorationsmaler Max Bemandowski standen gestern unter der Vorladung der Expreßung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Der schon recht schwer vorbestrafte Keil pflegt in seinem Standaalblatt sensationell aufgemachte Notizen zu veröffentlichen, die nach seiner Behauptung Mißstände im öffentlichen Leben geißeln sollen.

Er hatte die Absicht, einen sensationellen Artikel über Raaktänze, die ein im Westen wohnender Bankier sich durch ein 14jähriges Mitglied des Solo-Bach-Balletts habe vorzeigen lassen, zu veröffentlichen. Der Angeklagte Bemandowski wurde zu dem Bankier geschickt, um ihm die bevorstehende Veröffentlichung des Artikels mitzuteilen. Er erklärte diesem, daß die Veröffentlichung unterbleiben würde, wenn an der Sache nichts Wahres sei und die schon entstandenen Kosten in Höhe von etwa 2000 M. ersetzt würden. Er riet dem Bedrohten, eine persönliche Rücksprache mit dem Angeklagten Keil zu nehmen. Das geschah auch. Vorher war aber der Kriminalkommissar Dr. Kopp benachrichtigt worden, der Gelegenheit fand, die Unterredung ungelesen mit anzuhören. Keil erklärte sich bereit, den Artikel nicht zu bringen, wenn ihm der schon stehende Satz abgekauft werde und Expreß der Kosten, die er schon gehabt, erfolgen würde. Der Staatsanwalt ging mit dem Angeklagten Keil sehr scharf ins Zeug, meinte, daß außer Expreßung in Idealankunft auch Expreß betrug vorliege und beantragte, da Rückfall betrug vorliege, gegen Keil 1 Jahr Zuchthaus, 3000 M. Geldstrafe und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Bemandowski, der nur der Verfälscher sei, 3 Monate Gefängnis. Die Rechtsanwälte Dr. Frey und Dr. Twardowski machten geltend, daß eine Bestrafung nur wegen Expreßung erfolgen könnte, da der

# Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun.

5.

Fräulein Selma kam aus dem Wohnzimmer. „Ah, da ist Fräulein Sindal!“ sagte Hjarmer. — „Dann müssen Sie mich jetzt, bitte, entschuldigen.“ Ransell Berg wuschte sich den Mund mit ihrem sorgsam gefalteten Taschentuch. „Gute Nacht, Herr Amtsvorsteher! Und vielen Dank auch! — Und wenn ich Sie bitten dürfte, die gnädige Frau zu grüßen und Herrn Hülse, bitte, auch!“ „Danke, danke!“ Hjarmer begleitete sie zur Kontortür. „Gute Nacht, Fräulein!“ sagte sie und wandte sich in der Tür zu dem jungen Mädchen um, das schweigend nicht. Als sie glücklich draußen war, atmete Hjarmer tief auf und griff sich an den Kopf mit einem schmerzlichen Zug um die Lippen. „Ist der Kopf wieder schlimm, Herr Hjarmer?“ fragte das junge Mädchen und sah ihn mit ihren großen, treuherzigen Augen teilnahmenvoll an. „Ja, das kann ich nicht leugnen!“ „Es ist auch furchtbar viel passiert heute. Mich dünkt, während der ganzen Zeit, die ich hier im Hause gewesen bin, ist nicht so viel vorgefallen wie in dieser einen Nacht.“ Sie sah sich zu dem Mondlicht um, während ein plötzliches Gefühl des Unbehagens ihr ans Herz griff. „Ich weiß nicht wieso; — aber mir ist, als würde noch viel passieren, bevor es Morgen wird.“ Hjarmer lächelte ihr zu: „Na, na, kleines Fräulein, werden Sie mir nicht auch nervös, Sie, die die Stärkste von uns allen waren? — Ohne Sie können wir gar nicht fertig werden!“ „Wo ist Frau Hjarmer und Herr Hülse?“ fragte sie, indem sie ihre Besorgnis zu verbergen suchte. „Sie waren im Garten, während ich mit Ransell Berg sprach.“ Fräulein Selma wandte sich ihm plötzlich ganz zu und sagte ärgerlich:

„Hören Sie mal, Herr Hjarmer, können Sie diesen Hülse nicht dazu bewegen, zu Bett zu gehen?“ „Aber weshalb denn?“ Hjarmer sah sie mit seinen bleichen, müden Augen erstaunt an. „Es ist doch gut, wenn er sich wohl bei uns fühlt.“ Fräulein Selma rümpfte ärgerlich die Nase. „Erst hat man die Mühe gehabt, Zimmer und Bett instand zu setzen — und nachher spaziert er die ganze Nacht im Garten umher.“ Hjarmer legte freundlich seine Hand auf ihre Schulter: „Sie haben einen langen, anstrengenden Tag gehabt, Fräulein Sindal — und nun ist das Kind auch noch krank!“ „Ach — meinetwegen hat es nichts zu sagen!“ Fräulein Sindal zog hastig ihre Schulter zurück und errötete. „Aber ich fürchte, Frau Hjarmer wird sich erkälten. Es fällt wohl starker Tau.“ „Rein — der Tau fällt gleich nach Sonnenuntergang. In diesen klaren Mondnächten ist es ganz trocken.“ Er griff sich häufig wegen eines plötzlich jagenden Schmerz an den Kopf. „Ach, ja, ja!“ seufzte er müde. „Ist es so schlimm?“ fragte sie und sah ihn ängstlich an. „Soll ich Ihnen nicht Ihre Pulver holen?“ „Danke, liebes, kleines Fräulein! — Wenn ich mich nicht hinlegen kann, dann nützen sie nichts.“ „So gehen Sie doch zu Bett, Herr Hjarmer!“ „Wo denken Sie hin! — Ich warte ja auf den Doktor. — Und außerdem — ich habe den Kopf so voll von der großen, neuen Sache, daß ich unmöglich schlafen kann.“ „Hören Sie mal — sagen Sie mir ganz ehrlich,“ fügte er ängstlich hinzu, „was glauben Sie, das Doktor Splt mit Ellen vorhat?“ „Ich weiß nicht!“ Sie bedachte sich einen Augenblick, während ihre runden Finger über den Saum des Sessels strichen. Dann fügte sie vorfichtig hinzu, ohne ihn anzusehen: „Ich glaube, er will etwas im Hals untertuchen.“ Hjarmer versuchte ängstlich ihren Blick aufzufangen. „Im Hals? — Hat er nicht? — Er hat wohl nicht von Serum oder dergleichen gesprochen?“ „Davon hat er nichts gesagt, Herr Hjarmer!“

6.

Im selben Augenblick ging die Haustür, und der Doktor kam durchs Kontor herein.

„Ah, da sind Sie ja!“ sagte Hjarmer und ging rasch auf ihn zu. „Wir sprachen eben von Ihnen. Wir finden, daß Sie so geheimnisvoll tun, Herr Doktor.“ Der Ton sollte munter sein, aber es glückte Hjarmer schlecht, seine Furcht zu verbergen. „So was dürfen Sie mir nicht nachsagen!“ antwortete Splt, legte seinen großen, weißen Hut auf das Taburet vor dem Flügel und fuhr sich mit der Hand durchs Haar. „Können Sie uns nicht über Ellen reinen Wein einschenken?“ Doktor Splt warf ihm einen hastigen Seitenblick aus seinen kleinen, scharfen Augen zu. Dann zog er den Hosensack hoch und sagte ernst: „Nein, Hjarmer, das kann ich nicht. Und wenn ich es könnte, würde ich es vielleicht doch nicht tun.“ Hjarmer sah ihn forschend an; aber es war kein außergewöhnlicher Ausdruck in dem runden Gesicht mit dem struppigen Bart zu finden. „Das klingt ja wie ein delphischer Orakelspruch!“ sagte er unsicher. „Ich geh hinaus und rufe Frau Hjarmer!“ sagte Fräulein Selma. „Ja, das ist recht, Fräulein Sindal!“ Während Fräulein Sindal durch die Gastür in den Garten hinausging, zog Doktor Splt einen Zettel aus der Brusttasche und reichte ihn Hjarmer. „Bitte! Ich habe den Sterbeschein gleich zu Hause ausgefüllt.“ „Danke!“ Hjarmer nahm das Papier und überließ es hastig. „Also näher können wir der Sache nicht kommen, Doktor, als daß der Tod etwa um zehn Uhr eingetreten ist!“ „Nein — mehr ist nicht darüber zu sagen!“ Während Hjarmer das Papier zusammenfaltete und zum Rauchtisch ging, um es in die Mappe zu den übrigen Sachen zu legen, sagte er: „Ich nahm Ransell Berg mit Herher. Sie hat dem Verstorbenen scheinbar sehr nahe gestanden.“ Der Doktor nickte bedeutungsvoll. „So nah, wie eine Frau einem Manne überhaupt stehen kann! Aber das liegt nun schon etliche Jahre zurück.“ Hjarmer verschloß die Mappe wieder und trat an Splt heran.

(Fortsetzung folgt.)



# Kommunistische Westarp-Jünger.

Der Reichstag hat gestern die erste Lesung des Haushaltsplans beendet und sich bis zum 7. Februar vertagt. In der

## politischen Debatte

(Sprach zuerst)  
**Abg. Dr. Geiger (Komm.):** Die Befassung ist sozial ungleich verteilt. Das Ausland ist auch schon auf den ausschweifenden Luxus aufmerksam geworden. Die deutsche Justiz dient nur der Unterdrückung der Arbeiter. Landgerichtsdirektor Hagen übt in Raumburg eine wahre Rachejustiz aus. (Der Redner führt Fälle an. Vizepräsident Dr. Richter bittet, nicht so sehr auf Einzelfälle einzugehen, da der Reichsjustizminister nicht anwesend sei und nicht antworten könne. — Jurist äußert links: Er soll sich herbemühen! Holen Sie ihn doch aus dem Restaurant!) Derselbe Richter hat einer wegen Sanitätsdienst in Mitteldeutschland zu Zuchthaus verurteilten Kommunistin auf die Frage, was aus ihren Kindern werden solle, geantwortet: „Die sollen verreckt!“ (Lärm u. d. Komm.) Wir fordern eine allgemeine Amnestie.

Dann hielt der **Abg. Frölich (Komm.)** folgende Rede, die zum großen Teil ebensogut vom Grafen Westarp sein könnte: Daß der neue Außenminister, der ein Verhältnis für Deutschland ist, es nicht für nötig gehalten hat, die erste Gelegenheit zu benutzen, sein Programm dem Reichstage bekanntzugeben, ist die beste Verfluchung auf die sogenannte bürgerliche Demokratie. Der deutsche Staat ist gegenwärtig nur eine Kolonie, in deren Beherrschung sich London und Paris teilen. Das deutsche Volk darf nicht einmal bestimmen, von wem es sich regieren lassen will. Wir haben eine Regierung von Kleinbürgern, die zu feige ist, sich auf die Arbeiter zu stützen. Würde sie das tun, dann könnte sie auch dem Auslande gegenüber ganz anders auftrumpfen. Herr Stinnes ist zwar noch nicht in der Regierung, aber tatsächlich ist die Regierung durch eine Stinnes-Regierung. (Lachen u. d. Volkspartei.) Stinnes will die Eisenbahnen einem deutsch-englischen Konjunktium übergeben. Der Duisburger Hafen ist der Angriffspunkt auf das gesamte Verkehrsnetz.

### preußische Landtag ist einfach angeschwändelt

worden. Wenn es so weiter geht, wird es in ein paar Jahren überhaupt keine Staatsbetriebe mehr geben. Unter der Herrschaft des Kapitals werden der Achtstundentag und die Betriebsräte verschwinden. Der Staat wird nur noch eine Attrappe sein, mit dem das Kapital Fußball spielt. Als die Gefangenen der Rechtsparteien machen die Sozialdemokraten nun auch die Hege gegen die Eisenbahner mit. Die Eisenbahner sind ja direkt zum Hungerstreik gezwungen worden. Herr Scheidemann sollte die allen Manuskripte endlich verbrennen und offen erklären, daß die Sozialdemokratie nunmehr die Interessen des Großkapitals vertritt. Herr Rathenau, der Vater des unglückseligen Wiesbadener Abkommens, der dafür verantwortlich ist, daß die Lebensmittelverbilligungsaktion aufhört, wird in Genau auf den Gegensatz zwischen Poincaré und Lloyd George spekulieren. Das ist eine Spekulation auf zu lange Sicht. Deutschland kann nur etwas durchsehen, wenn es mit Sowjetrußland eine enge Verbindung

eingeht. Rathenau macht aber nur englische Politik und will sich zum Fronwoi über Rußland hergeben.

### Vorher war das Gesetz über die Entsendung der Arbeitervertreter in den Aufsichtsrat

erledigt worden. Dazu sagte  
**Abg. Aufhäuser (U. Soz.):** Die Aufsichtsräte unserer Aktiengesellschaften wehren sich gegen das Eindringen von Arbeitern und Angestellten, wie gegen Feuer und Wasser, weil man von einer Demokratisierung der Aufsichtsräte die Erwerbsfähigkeit des Wertes vermindert. Dabei weiß jeder, daß in den jetzt bestehenden Aufsichtsräten keine Sach- und Fachkenntnis ist. Gerade in die Betriebs- und Direktionsleitungen müßten die Arbeiter hinein, damit sie auf die Produktionsgestaltung maßgebenden Einfluß bekämen. Die Vorlage ist in einer schlechteren Fassung an den Reichstag zurückgekommen, nachdem man zuvor die Änderungen des Reichswirtschaftsrats wieder gefordert hatte.

Ministerialdirektor Dr. Ritter erklärt sich gegen einen Antrag der Unabhängigen, wonach bei Festlegung des Wahlverfahrens ein Reichstagsausschuß mitwirken soll. Auch der Antrag Lambach (D. Nat.) auf Vertretung der Minderheit scheint uns zu weitgehend.

Die Vorlage wird angenommen, der deutschnationale Antrag gegen die Deutschnationalen, die Anträge der Unabhängigen gegen die drei sozialistischen Parteien abgelehnt. § 5 wird dahingehend, daß die Wählbarkeit eines Betriebsratsmitgliedes in den Aufsichtsrat von nur einjähriger Beschäftigungsdauer abhängig ist. Ein in dritter Lesung gestellter Antrag Aufhäuser (U. Soz.), diese Zeitbedingung zu streichen, wird abgelehnt, der Gesetzentwurf darauf gegen Unabhängige und Kommunisten perabschiedet.

# Wirtschaft

## Die Preiswellen der Nachkriegszeit.

Das „Reichsarbeitsblatt“ bringt in seiner neuesten Nummer eine mit graphischen Kurven versehene Darstellung über Valuta und Warenpreisbewegung des Regierungsrats im Statistischen Reichsamte Dr. Bramstedt, der wir folgende Ausführungen über die Preiswellen in der Nachkriegszeit entnehmen:

Der gesamte unproduktive Konsum des Kriegsaufwandes sowie der durch die Unterzeichnung der Friedensbedingungen eingetretenen Verluste und übernommenen Entschädigungsleistungen legt sich schwer auf den Wirtschaftskörper, die Bilanz der deutschen Volkswirtschaft auf das tiefste erschütternd. Die unermessliche Verarmung und Verschuldung der Volkswirtschaft führt zum ersten katastrophalen Zusammenbruch der Mark, die durch ihren Absturz naturnotwendig eine Preissteigerung ohne Halt hervorruft; denn die inländischen Großhandelspreise sind Wiedereinkaufspreise und haben die Tendenz, sich unmittelbar nach der mit sinkenden Markkurve schwindenden Kaufkraft der Mark zu orientieren. Die große Teuerungswelle von Mitte 1919 bis Frühjahr 1920, als erste Liquidation des unproduktiven Konsums der Kriegswirtschaft, der Verluste und Reparationen, wird vor allem durch die Preissteigerung der Ein- und Rohwaren gekennzeichnet. Erst die völlige Erschöpfung der deutschen Kaufkraft im Inlande sowie auf dem Weltmarkt führt einen Abbruch der Bewegung im März 1920 herbei. Dem Ausverkauf der deutschen Volkswirtschaft folgt mit der Erholung des Marktes eine Periode der äußersten Zurückhaltung der Käufer, die um die Mitte des Jahres 1920 durch ein vorübergehendes Wiederaufleben der Konjunktur bis November 1920 abgelöst wird. Dann senkte sich das Preisniveau wieder mit steigendem Markturnfall bis Mai 1921, dem Monat des Londoner Ultimatums, dessen wirtschaftliche Folgen sich in der gegenwärtigen zweiten großen Preiswelle auswirken.

Der unproduktive Aufwand der erzwungenen Entschädigungszahlungen kann bei dem gegenwärtigen Zustand der Volkswirtschaft nicht durch Arbeit gedeckt, geschweige durch gesteigerte Produktivität überkompensiert werden. Seine unmittelbare Folge ist daher die Inflation (Selbstaufblähung). Das Wertverhältnis von Geld und Ware wird abermals revolutioniert; die Stadt vor der sinkenden Mark, die Jagd nach den Goldwerten beginnt. Je tiefer die Mark, desto toller die Jagd, und in fortwährendem Kreislauf treibt der sinkende Geldwert die Preise empor. Steigende Preise aber senken den Realwert der Einkommen, drücken auf die Lebenshaltung, und alsbald setzt die Lohnschraube mit dem unvermeidlichen Wettlauf von Preisen und Löhnen ein. Der Inflationsmechanismus ist in vollem Gange.

Bis dahin hat der Vorgang geldwirtschaftlichen Charakter. Aber steigende Preise reizen zu augenblicklicher Bedarfsdeckung an Rohstoffen und Fertigwaren. Augenblicklicher Kauf ist billiger Kauf im Zustande sinkenden Geldwertes. Steigende Preise reizen ferner zur Steigerung der Produktion, denn sie sichern dem Abnehmer angemessenen Gewinn. Und als dritter warenwirtschaftlicher Faktor belebt mit gesteigerter Kaufkraft die Nachfrage des Auslandes nach hochwertiger Ware deutscher Erzeugung die inländische Produktion. Bei alledem schreitet der Massenverbrauch unter dem Zwange des Existenzbedarfs fort. Denn Existenzbedarf ist Zwangsbedarf. Der Verbrauch muß laufen, zumal die Vorräte in den Hauswirtschaften seit den Jahren der Not erschöpft sind. Wo bei steigenden Preisen gesteigerte Nachfrage des In- und Auslandes, gesteigerte Produktion, um der Nachfrage zu genügen; infolgedessen erhöhter Bedarf an Rohstoffen, Waren und Devisen als preistreibendes warenwirtschaftliches Moment. Das Wirtschaftsleben steht im Zeichen der Hochkonjunktur, aber auf krankhaft inflationistischer Grundlage. Der Wirtschaftskörper erscheint wie vom Fiebertaumel ergriffen. Einkommen werden durch den Sturz der Mark vernichtet und durch die Realisierung der Inflation aus dem Boden gestampft. Aus den Trümmern der aus Leistung und Tradition gewordenen Gesellschaft steigen neue Schichten empor, bis die Bewegung blind an der Konsumtionsgrenze zerfällt. Preissturz, Käuferstreik, Zusammenbrüche, Arbeitslosigkeit, Stagnation folgen mit dem Wiederankommen des Markturnalles dem bis zur Erschöpfung getriebenen Spiel, in das Millionen Existenzen immer wieder erbarmungslos hineingezogen werden.

Um die Preisbewegung in der deutschen Volkswirtschaft in den lediglich durch die ökonomischen Faktoren bedingten Grenzen zu erhalten, erscheint in erster Linie eine exakte, voraussetzungslose Preisorientierung der Öffentlichkeit durch die amtliche Statistik dringend erforderlich. Sodann aber kann den akuten Preischwankungen zunächst durch die straffe Selbstdisziplin der Käufer viel von ihrer Schärfe genommen werden. Die dringenden Forderungen aber sind Eindämmung der übertriebenen Spekulation und rücksichtslose Bekämpfung des Wuchers.

### Der Kampf gegen die Genossenschaften.

Die Genossenschaften aller Art sind gewissen Händlertreffen recht unbehagen, da sie in hohem Maße ausgleichend und verein-

fachend auf die Warenverteilung einwirken. Man ist besonders an den Getreidebörsen nicht mehr so recht unter sich und kann deshalb die Preise nicht mehr beliebig in die Höhe treiben. Man kann nicht mehr ohne weiteres vorhandene Vorräte einsperren und an den Märkten einen scheinbaren Mangel an Ware herbeirufen. Der Bund Deutscher Getreide-, Mehl-, Saaten-, Futtermittel- und Düngemittelhändler e. V. in Berlin hat eine außerordentliche Tagung abgehalten, auf der hauptsächlich über die Wuchererklage geführt wurde. Man wies vor allem darauf hin, daß die Laienbeiräte dieser Gerichte häufig Frieseure und Schuster seien, denen die Möglichkeit fehlt, Reichsgerichtsurteile zu verstehen und dementsprechend sich genügende Klarheit über die jeweils vorliegende abzuerteilende Sache zu verschaffen. Was die Reichsgerichtsurteile anbelangt, so sind sich nicht nur Laien, sondern auch Juristen darüber einig, daß diese nur in seltenen Fällen zu verstehen sind, da die Gedanken nach alter Tradition in ellenlange gefüllte Perioden eingekleidet werden. Die Laienbeiräte bedürfen aber durchaus nicht der Reichsgerichtsurteile, um zu erkennen, ob Wuchersfälle vorliegen. Sie wissen als Konsumenten aus eigener Erfahrung, wie jede Notmarkttagung vom Handel zur Uebervorteilung sehr oft ausgeübt wird. Ihr Urteil wird deshalb in den meisten Fällen das richtige treffen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß im heutigen Deutschland die Warenverteilung viel zu umständlich funktioniert und daß diese Waren auf dem Wege vom Produzenten zum Konsumenten durch viel zu viele Hände gehen, die natürlich alle gut verdienen wollen. Das Ausblühen des Genossenschaftswesens in der jüngsten Zeit ist gerade darauf zurückzuführen, daß Produzenten wie Konsumenten die Nachteile dieses Zustandes erkannt und zur Selbsthilfe gegriffen haben. Daß Erzeuger und Verbraucher den direkten Weg zueinander fanden, bedeutet unter heutigen Verhältnissen, wo eine rationelle Wirtschaft mehr denn je geboten ist, zweifellos einen Fortschritt. Der Handel hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn er dabei zu kurz kommt. Anstatt immer wieder gegen die „Bewahrung der Genossenschaften“ zu protestieren, sollte er lieber seinerseits dafür sorgen, daß die Warenversorgung nicht durch unsolide Elemente erschwert wird. Trotz ihrer großen Entwicklung sind die Genossenschaften heute noch gar nicht in der Lage, den gesamten Handel auszuschaalen. Sucht dieser sich aber — wie jetzt im Textilhandel, wo das Abwehrkartell gegen das Preisdiktat der Unternehmerverbände gebildet wird — den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen einzuarbeiten, so wird ihm sogar oft genug Gelegenheit zu gemeinsamer Arbeit mit den Genossenschaften geboten sein, die er heute bekämpft.

Man darf nicht vergessen, daß die Genossenschaften freiwillige Organisationen sind, deren Existenzberechtigung in der Praxis längst erwiesen ist. Die Genossenschaften bilden an der Maschinenrie des Warenmarktes einen vollen Regulator, der sehr häufig die Konsumenten wie die Produzenten vor einem übermäßigen Druck kapitalkräftiger Handelskreise schützt. Sie dienen also dem Gemeinwohl und haben deshalb Anspruch auf Pflege und Schutz.

### Internationale Gewerkschaftsbank.

Brüssel, 1. Februar. (WZ.) Vertreter der genossenschaftlichen Internationale aus der Schweiz, Belgien, Frankreich, England, Rußland, der Tschechoslowakei und Schweden hielten im hiesigen Volkshause eine Beratung über die Möglichkeit der Gründung einer internationalen Bankorganisation ab, die gewerkschaftlichen Zwecken dienen soll. Es wurde eine Kommission von Sachverständigen beauftragt, die Frage durchzubearbeiten, und im April dem Verband internationaler Genossenschaften, der in Mailand tagt, Bericht zu erstatten.

**Der Abbruch der Kriegsgesellschaften.** Auf eine Anfrage über den Stand der Kriegsgesellschaften teilte die Regierung im Hauptamt des Reichstages mit, daß über die Kriegsgesellschaften und ihre Finanzwirtschaft dem Reichstag eine Denkschrift vorgelegt werden würde. 32 Kriegsgesellschaften befinden sich in Liquidation, die Reichsliquidierung wird am 1. April d. J. in Liquidation treten. Außer der Reichsliquidierung werden die meisten Gesellschaften bis Ende März verschwunden sein. Gegen den gänzlich unbegründeten Vorwurf der Korruption, den der Volksparteiler Quast erhob, legte Reichsliquidationsminister Bauer energig die Verwahrung ein, wobei er von den Abgeordneten der sozialistischen Parteien und von dem Demokraten Gothein unterstützt wurde.

**Konjessionierung des Pferdehandels in Bayern.** Der preußische Handelsminister hat den Bund der Viehhändler Deutschlands davon in Kenntnis gesetzt, daß nach einer Mitteilung der bayerischen Regierung in Bayern der Pferdehandel im Umkehrzichen verboten und der übrige Pferdehandel sowie die gewerbemäßige Vermittlung von Pferden an den Besitz einer Erlaubnis der Bezirksverwaltungsbehörde geknüpft ist.

**Wetter bis Freitag mittag.** Heißlich trübe und etwas neblig mit geringen Niederschlägen. An der Küste und im Südboden gelinder Frost, im westlichen Binnenlande Temperaturen nahe bei Null.

Billige Preise für vornehme

# Winterkleidung

- Schlüpfer, Raglans und Ulster 800<sup>00</sup>
- Winter-Paletots 775<sup>00</sup>
- Ulster 285<sup>00</sup>
- Knaben- u. Jünglings-Schlüpfer 260<sup>00</sup>
- Engl. Offiziersmäntel 575<sup>00</sup>
- Amerikan. Mäntel 250<sup>00</sup>
- Gummimäntel 450<sup>00</sup>
- Bozener Mäntel 350<sup>00</sup>
- Winter-Joppen 250<sup>00</sup>
- Pelzjoppen 350<sup>00</sup>
- Fahrpelze 400<sup>00</sup>

- Jackett-Anzüge 450<sup>00</sup>
- Jackett-Anzüge 800<sup>00</sup>
- Winter-Anzüge 390<sup>00</sup>
- Sport-Anzüge 600<sup>00</sup>
- Gehrock-Anzüge
- Smoking-Anzüge
- Frack-Anzüge
- Cutaway u. Weste 550<sup>00</sup>
- Herren-Litewken 110<sup>00</sup>
- Hosen 70<sup>00</sup>
- Burschen-Anzüge 250<sup>00</sup>
- Knaben-Anzüge 150<sup>00</sup>
- Herren-Hüte / Chapeaux-Claques / Einsegnungs-Hüte
- Weisse Oberhemden / Frack-Oberhemden
- Helle Frack-Westen / Weisse Krawatten

# Zur Einsegnung

- Schwarze u. blaue Cheviotanzüge 380<sup>00</sup>
- Blaue Cheviot- u. Kammgarnanzüge 450<sup>00</sup>
- Blaue Cheviotanzüge 550<sup>00</sup>
- Blaue Kammgarnanzüge 650<sup>00</sup>
- Blaue Cheviotanzüge 750<sup>00</sup>
- Blaue Kammgarnanzüge 950<sup>00</sup>
- Farbige Anzüge 320<sup>00</sup>
- Farb. Kammgarn- u. Cheviotanzüge 480<sup>00</sup>
- Homespunanzüge 580<sup>00</sup>
- Cheviotanzüge 680<sup>00</sup>
- Farbige Anzüge 760<sup>00</sup>

### Geh- und Sportpelze

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotagen und anderen Sachen

# BAER SOHN

Berlin zur Chausseestraße 29-30

Der Versand nach außerhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

